

353 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen des Nationalrates XXI. GP

Ausgedruckt am 14. 12. 2000

Regierungsvorlage

ABKOMMEN

ZWISCHEN DER REPUBLIK ÖSTERREICH UND DER REPUBLIK USBEKISTAN ZUR VERMEIDUNG DER DOPPELBESTEUERUNG UND ZUR VERHINDERUNG DER STEUERUMGEHUNG AUF DEM GEBIETE DER STEUERN VOM EINKOMMEN UND VOM VERMÖGEN

Die Republik Österreich und die Republik Usbekistan, von dem Wunsche geleitet, ein Abkommen zur Vermeidung der Doppelbesteuerung und zur Verhinderung der Steuerumgehung auf dem Gebiete der Steuern vom Einkommen und vom Vermögen abzuschließen,

haben Folgendes vereinbart:

Artikel 1

PERSÖNLICHER GELTUNGSBEREICH

Dieses Abkommen gilt für Personen, die in einem Vertragsstaat oder in beiden Vertragsstaaten ansässig sind.

Artikel 2

UNTER DAS ABKOMMEN FALLENDE STEUERN

(1) Dieses Abkommen gilt, ohne Rücksicht auf die Art der Erhebung, für Steuern vom Einkommen, vom Gewinn und vom Vermögen, die für Rechnung eines Vertragsstaats oder seiner Gebietskörperschaften erhoben werden.

(2) Als Steuern vom Einkommen, vom Gewinn und vom Vermögen gelten alle Steuern, die vom Gesamteinkommen, vom Gesamtvermögen oder von Teilen des Einkommens oder des Vermögens erhoben werden, einschließlich der Steuern vom Gewinn aus der Veräußerung beweglichen oder unbeweglichen Vermögens, der Lohnsummensteuern sowie der Steuern vom Vermögenszuwachs.

(3) Zu den bestehenden Steuern, für die das Abkommen gilt, gehören insbesondere

a) in Österreich:

1. die Einkommensteuer;
2. die Körperschaftsteuer;
3. die Grundsteuer;
4. die Abgabe von land- und forstwirtschaftlichen Betrieben;
5. die Abgabe vom Bodenwert bei unbebauten Grundstücken;
(im Folgenden als „österreichische Steuer“ bezeichnet);

b) in Usbekistan:

1. die Steuer vom Einkommen (Gewinn) juristischer Personen;
2. die Steuer vom Einkommen natürlicher Personen;
3. die Vermögensteuer;
(im Folgenden als „usbekische Steuer“ bezeichnet).

(4) Das Abkommen gilt auch für alle Steuern gleicher oder im Wesentlichen ähnlicher Art, die nach der Unterzeichnung des Abkommens neben den bestehenden Steuern oder an deren Stelle erhoben werden. Die zuständigen Behörden der Vertragsstaaten teilen einander die in ihren Steuergesetzen eingetretenen wesentlichen Änderungen mit.

Artikel 3

ALLGEMEINE BEGRIFFSBESTIMMUNGEN

- (1) Im Sinne dieses Abkommens, wenn der Zusammenhang nichts anderes erfordert,
- a) bedeutet der Ausdruck „Österreich“ die Republik Österreich;
 - b) bedeutet der Ausdruck „Usbekistan“ die Republik Usbekistan; im geografischen Sinn verwendet, bedeutet er das Staatsgebiet der Republik Usbekistan, einschließlich der Küstengewässer und des Luftraumes, in dem die Republik Usbekistan gemäß dem innerstaatlichen Recht und in Übereinstimmung mit dem Völkerrecht Hoheitsrechte und Jurisdiktion ausüben kann, einschließlich dem Recht auf Nutzung des Untergrundes und der Bodenschätze;
 - c) bedeuten die Ausdrücke „ein Vertragsstaat“ und „der andere Vertragsstaat“, je nachdem, Österreich oder Usbekistan;
 - d) umfasst der Ausdruck „Person“ natürliche Personen, Gesellschaften und alle anderen Personenvereinigungen;
 - e) bedeutet der Ausdruck „Gesellschaft“ juristische Personen oder Rechtsträger, die für die Besteuerung wie juristische Personen behandelt werden;
 - f) bedeuten die Ausdrücke „Unternehmen eines Vertragsstaats“ und „Unternehmen des anderen Vertragsstaats“, je nachdem, ein Unternehmen, das von einer in einem Vertragsstaat ansässigen Person betrieben wird, oder ein Unternehmen, das von einer im anderen Vertragsstaat ansässigen Person betrieben wird;
 - g) bedeutet der Ausdruck „internationaler Verkehr“ jede Beförderung mit einem Seeschiff oder Luftfahrzeug, das von einem Unternehmen eines Vertragsstaats betrieben wird, es sei denn, das Seeschiff oder Luftfahrzeug wird ausschließlich zwischen Orten im anderen Vertragsstaat betrieben;
 - h) bedeutet der Ausdruck „zuständige Behörde“
 - i) in Österreich: den Bundesminister für Finanzen oder dessen bevollmächtigten Vertreter;
 - ii) in Usbekistan: den Vorsitzenden des staatlichen Steuerkomitees oder dessen bevollmächtigten Vertreter, und
 - i) bedeutet der Ausdruck „Staatsangehöriger“
 - i) jede natürliche Person, die die Staatsangehörigkeit eines Vertragsstaats besitzt;
 - ii) jede juristische Person, Personengesellschaft und andere Personenvereinigung, die nach dem in einem Vertragsstaat geltenden Recht errichtet worden ist.
- (2) Bei der Anwendung des Abkommens durch einen Vertragsstaat hat, wenn der Zusammenhang nichts anderes erfordert, jeder im Abkommen nicht definierte Ausdruck die Bedeutung, die ihm nach dem Recht dieses Staates über die Steuern zukommt, für die das Abkommen gilt.

Artikel 4

ANSÄSSIGE PERSON

- (1) Im Sinne dieses Abkommens bedeutet der Ausdruck „eine in einem Vertragsstaat ansässige Person“ eine Person, die nach dem Recht dieses Staates dort auf Grund ihres Wohnsitzes, ihres ständigen Aufenthalts, des Ortes ihrer Geschäftsleitung oder eines anderen ähnlichen Merkmals steuerpflichtig ist. Der Ausdruck umfasst jedoch nicht eine Person, die in diesem Staat nur mit Einkünften aus Quellen in diesem Staat oder mit in diesem Staat gelegenen Vermögen steuerpflichtig ist.
- (2) Ist nach Absatz 1 eine natürliche Person in beiden Vertragsstaaten ansässig, so gilt Folgendes:
- a) Die Person gilt als in dem Staat ansässig, in dem sie über eine ständige Wohnstätte verfügt; verfügt sie in beiden Staaten über eine ständige Wohnstätte, so gilt sie als in dem Staat ansässig, zu dem sie die engeren persönlichen und wirtschaftlichen Beziehungen hat (Mittelpunkt der Lebensinteressen);
 - b) kann nicht bestimmt werden, in welchem Staat die Person den Mittelpunkt ihrer Lebensinteressen hat, oder verfügt sie in keinem der Staaten über eine ständige Wohnstätte, so gilt sie als in dem Staat ansässig, in dem sie ihren gewöhnlichen Aufenthalt hat;
 - c) hat die Person ihren gewöhnlichen Aufenthalt in beiden Staaten oder in keinem der Staaten, so gilt sie als in dem Staat ansässig, dessen Staatsangehöriger sie ist;

d) ist die Person Staatsangehöriger beider Staaten oder keines der Staaten, so werden sich die zuständigen Behörden der Vertragsstaaten bemühen, die Frage in gegenseitigem Einvernehmen zu regeln.

(3) Ist nach Absatz 1 eine andere als eine natürliche Person in beiden Vertragsstaaten ansässig, so gilt sie als in dem Staat ansässig, in dem sich der Ort ihrer tatsächlichen Geschäftsleitung befindet.

Artikel 5

BETRIEBSTÄTTE

(1) Im Sinne dieses Abkommens bedeutet der Ausdruck „Betriebsstätte“ eine feste Geschäftseinrichtung, durch die die Tätigkeit eines Unternehmens ganz oder teilweise ausgeübt wird.

(2) Der Ausdruck „Betriebsstätte“ umfasst insbesondere:

- a) einen Ort der Leitung,
- b) eine Zweigniederlassung,
- c) eine Geschäftsstelle,
- d) eine Fabrikationsstätte,
- e) eine Werkstatt und
- f) ein Bergwerk, ein Öl- oder Gasvorkommen, einen Steinbruch oder eine andere Stätte der Ausbeutung von Bodenschätzen.

(3) Eine Bauausführung oder Montage ist nur dann eine Betriebsstätte, wenn ihre Dauer zwölf Monate überschreitet.

(4) Ungeachtet der vorstehenden Bestimmungen dieses Artikels gelten nicht als Betriebsstätten:

- a) Einrichtungen, die ausschließlich zur Lagerung, Ausstellung oder Auslieferung von Gütern oder Waren des Unternehmens benutzt werden;
- b) Bestände von Gütern oder Waren des Unternehmens, die ausschließlich zur Lagerung, Ausstellung oder Auslieferung unterhalten werden;
- c) Bestände von Gütern oder Waren des Unternehmens, die ausschließlich zu dem Zweck unterhalten werden, durch ein anderes Unternehmen bearbeitet oder verarbeitet zu werden;
- d) eine feste Geschäftseinrichtung, die ausschließlich zu dem Zweck unterhalten wird, für das Unternehmen Güter oder Waren einzukaufen oder Informationen zu beschaffen;
- e) eine feste Geschäftseinrichtung, die ausschließlich zu dem Zweck unterhalten wird, für das Unternehmen andere Tätigkeiten auszuüben, die vorbereitender Art sind oder eine Hilfstätigkeit darstellen;
- f) eine feste Geschäftseinrichtung, die ausschließlich zu dem Zweck unterhalten wird, mehrere der unter lit. a bis e genannten Tätigkeiten auszuüben, vorausgesetzt, dass die sich daraus ergebende Gesamttätigkeit der festen Geschäftseinrichtung vorbereitender Art ist oder eine Hilfstätigkeit darstellt.

(5) Ist eine Person – mit Ausnahme eines unabhängigen Vertreters im Sinne des Absatzes 6 – für ein Unternehmen tätig und besitzt sie in einem Vertragsstaat die Vollmacht, im Namen des Unternehmens Verträge abzuschließen, und übt sie die Vollmacht dort gewöhnlich aus, so wird das Unternehmen ungeachtet der Absätze 1 und 2 so behandelt, als habe es in diesem Staat für alle von der Person für das Unternehmen ausgeübten Tätigkeiten eine Betriebsstätte, es sei denn, diese Tätigkeiten beschränken sich auf die in Absatz 4 genannten Tätigkeiten, die, würden sie durch eine feste Geschäftseinrichtung ausgeübt, diese Einrichtung nach dem genannten Absatz nicht zu einer Betriebsstätte machen.

(6) Ein Unternehmen wird nicht schon deshalb so behandelt, als habe es eine Betriebsstätte in einem Vertragsstaat, weil es dort seine Tätigkeit durch einen Makler, Kommissionär oder einen anderen unabhängigen Vertreter ausübt, sofern diese Personen im Rahmen ihrer ordentlichen Geschäftstätigkeit handeln.

(7) Allein dadurch, dass eine in einem Vertragsstaat ansässige Gesellschaft eine Gesellschaft beherrscht oder von einer Gesellschaft beherrscht wird, die im anderen Vertragsstaat ansässig ist oder dort (entweder durch eine Betriebsstätte oder auf andere Weise) ihre Tätigkeit ausübt, wird keine der beiden Gesellschaften zur Betriebsstätte der anderen.

Artikel 6

EINKÜNFTE AUS UNBEWEGLICHEM VERMÖGEN

(1) Einkünfte, die eine in einem Vertragsstaat ansässige Person aus unbeweglichem Vermögen (einschließlich der Einkünfte aus land- und forstwirtschaftlichen Betrieben) bezieht, das im anderen Vertragsstaat liegt, dürfen im anderen Staat besteuert werden.

(2) Der Ausdruck „unbewegliches Vermögen“ hat die Bedeutung, die ihm nach dem Recht des Vertragsstaats zukommt, in dem das Vermögen liegt. Der Ausdruck umfasst in jedem Fall das Zubehör zum unbeweglichen Vermögen, das lebende und tote Inventar land- und forstwirtschaftlicher Betriebe, die Rechte, für die die Vorschriften des Privatrechts über Grundstücke gelten, Nutzungsrechte an unbeweglichem Vermögen sowie Rechte auf veränderliche oder feste Vergütungen für die Ausbeutung oder das Recht auf Ausbeutung von Mineralvorkommen, Quellen und anderen Bodenschätzen; Schiffe und Luftfahrzeuge gelten nicht als unbewegliches Vermögen.

(3) Absatz 1 gilt für Einkünfte aus der unmittelbaren Nutzung, der Vermietung oder Verpachtung sowie jeder anderen Art der Nutzung unbeweglichen Vermögens.

(4) Die Absätze 1 und 3 gelten auch für Einkünfte aus unbeweglichem Vermögen eines Unternehmens und für Einkünfte aus unbeweglichem Vermögen, das der Ausübung einer selbstständigen Arbeit dient.

Artikel 7

UNTERNEHMENSGEWINNE

(1) Gewinne eines Unternehmens eines Vertragsstaats dürfen nur in diesem Staat besteuert werden, es sei denn, das Unternehmen übt seine Tätigkeit im anderen Vertragsstaat durch eine dort gelegene Betriebsstätte aus. Übt das Unternehmen seine Tätigkeit auf diese Weise aus, so dürfen die Gewinne des Unternehmens im anderen Staat besteuert werden, jedoch nur insoweit, als sie dieser Betriebsstätte zugerechnet werden können.

(2) Übt ein Unternehmen eines Vertragsstaats seine Tätigkeit im anderen Vertragsstaat durch eine dort gelegene Betriebsstätte aus, so werden vorbehaltlich des Absatzes 3 in jedem Vertragsstaat dieser Betriebsstätte die Gewinne zugerechnet, die sie hätte erzielen können, wenn sie eine gleiche oder ähnliche Tätigkeit unter gleichen oder ähnlichen Bedingungen als selbstständiges Unternehmen ausgeübt hätte und im Verkehr mit dem Unternehmen, dessen Betriebsstätte sie ist, völlig unabhängig gewesen wäre.

(3) Bei der Ermittlung der Gewinne einer Betriebsstätte werden die für diese Betriebsstätte entstandenen Aufwendungen, einschließlich der Geschäftsführungs- und allgemeinen Verwaltungskosten, zum Abzug zugelassen, gleichgültig, ob sie in dem Staat, in dem die Betriebsstätte liegt, oder anderswo entstanden sind. Ein solcher Abzug wird jedoch für Beträge nicht zugelassen, die gegebenenfalls von der Betriebsstätte (ausgenommen der Ersatz tatsächlicher Aufwendungen) an den Hauptsitz des Unternehmens oder an eine seiner anderen Geschäftsstellen in Form von Lizenzgebühren, anderen Gebühren oder ähnlichen Zahlungen als Gegenleistung für die Nutzung von Patenten oder anderen Rechten oder in Form von Provisionen für besondere Dienstleistungen oder für die Geschäftsführung oder, – mit Ausnahme von Bankinstituten –, in Form von Zinsen für Kredite, die der Betriebsstätte gewährt worden sind, gezahlt werden. Ebenso sind bei der Ermittlung der Gewinne der Betriebsstätte Beträge nicht zu berücksichtigen, die die Betriebsstätte (ausgenommen der Ersatz tatsächlicher Aufwendungen) dem Hauptsitz des Unternehmens oder einer seiner anderen Geschäftsstellen in Form von Lizenzgebühren, anderen Gebühren oder ähnlichen Zahlungen als Gegenleistung für die Nutzung von Patenten oder anderen Rechten oder in Form von Provisionen für besondere Dienstleistungen oder für die Geschäftsführung oder, – mit Ausnahme von Bankinstituten –, in Form von Zinsen für Kredite, die dem Hauptsitz des Unternehmens oder einer seiner anderen Geschäftsstellen gewährt worden sind, in Rechnung stellt.

(4) Soweit es in einem Vertragsstaat üblich ist, die einer Betriebsstätte zuzurechnenden Gewinne durch Aufteilung der Gesamtgewinne des Unternehmens auf seine einzelnen Teile zu ermitteln, schließt Absatz 2 nicht aus, dass dieser Vertragsstaat die zu steuernden Gewinne nach der üblichen Aufteilung ermittelt; die gewählte Gewinnaufteilung muss jedoch derart sein, dass das Ergebnis mit den Grundsätzen dieses Artikels übereinstimmt.

(5) Auf Grund des bloßen Einkaufs von Gütern oder Waren für das Unternehmen wird einer Betriebsstätte kein Gewinn zugerechnet.

(6) Bei der Anwendung der vorstehenden Absätze sind die der Betriebstätte zuzurechnenden Gewinne jedes Jahr auf dieselbe Art zu ermitteln, es sei denn, dass ausreichende Gründe dafür bestehen, anders zu verfahren.

(7) Gehören zu den Gewinnen Einkünfte, die in anderen Artikeln dieses Abkommens behandelt werden, so werden die Bestimmungen jener Artikel durch die Bestimmungen dieses Artikels nicht berührt.

(8) Der in diesem Artikel verwendete Ausdruck „Gewinne“ umfasst auch Gewinne eines Gesellschafters aus seiner Beteiligung an einer Personengesellschaft und im Fall Österreichs auch aus der Beteiligung an einer stillen Gesellschaft des österreichischen Rechts.

Artikel 8

INTERNATIONALE BEFÖRDERUNG

(1) Gewinne eines Unternehmens eines Vertragsstaats aus dem Betrieb von Seeschiffen oder Luftfahrzeugen im internationalen Verkehr dürfen nur in diesem Staat besteuert werden.

(2) Absatz 1 gilt auch für Gewinne aus der Beteiligung an einem Pool, einer Betriebsgemeinschaft oder einer internationalen Betriebsstelle.

Artikel 9

VERBUNDENE UNTERNEHMEN

(1) Wenn

- a) ein Unternehmen eines Vertragsstaats unmittelbar oder mittelbar an der Geschäftsleitung, der Kontrolle oder dem Kapital eines Unternehmens des anderen Vertragsstaats beteiligt ist oder
- b) dieselben Personen unmittelbar oder mittelbar an der Geschäftsleitung, der Kontrolle oder dem Kapital eines Unternehmens eines Vertragsstaats und eines Unternehmens des anderen Vertragsstaats beteiligt sind

und in diesen Fällen die beiden Unternehmen in ihren kaufmännischen oder finanziellen Beziehungen an vereinbarte oder auferlegte Bedingungen gebunden sind, die von denen abweichen, die unabhängige Unternehmen miteinander vereinbaren würden, so dürfen die Gewinne, die eines der Unternehmen ohne diese Bedingungen erzielt hätte, wegen dieser Bedingungen aber nicht erzielt hat, den Gewinnen dieses Unternehmens zugerechnet und entsprechend besteuert werden.

(2) Werden in einem Vertragsstaat den Gewinnen eines Unternehmens dieses Staates Gewinne zugerechnet – und entsprechend besteuert –, mit denen ein Unternehmen des anderen Vertragsstaats in diesem Staat besteuert worden ist, und handelt es sich bei den zugerechneten Gewinnen um solche, die das Unternehmen des erstgenannten Staates erzielt hätte, wenn die zwischen den beiden Unternehmen vereinbarten Bedingungen die gleichen gewesen wären, die unabhängige Unternehmen miteinander vereinbaren würden, so nimmt der andere Staat eine entsprechende Änderung der dort von diesen Gewinnen erhobenen Steuer vor. Bei dieser Änderung sind die übrigen Bestimmungen dieses Abkommens zu berücksichtigen; erforderlichenfalls werden die zuständigen Behörden der Vertragsstaaten einander konsultieren.

Artikel 10

DIVIDENDEN

(1) Dividenden, die eine in einem Vertragsstaat ansässige Gesellschaft an eine im anderen Vertragsstaat ansässige Person zahlt, dürfen im anderen Staat besteuert werden.

(2) Diese Dividenden dürfen jedoch auch in dem Vertragsstaat, in dem die die Dividenden zahlende Gesellschaft ansässig ist, nach dem Recht dieses Staates besteuert werden; die Steuer darf aber, wenn der Empfänger der Dividenden der Nutzungsberechtigte ist, nicht übersteigen:

- a) 15 vom Hundert des Bruttobetrags der Dividenden;
- b) 5 vom Hundert des Bruttobetrags der Dividenden, wenn der Nutzungsberechtigte eine Gesellschaft (jedoch keine Personengesellschaft) ist, die unmittelbar über mindestens 10 vom Hundert des Kapitals der die Dividenden zahlenden Gesellschaft verfügt.

Dieser Absatz berührt nicht die Besteuerung der Gesellschaft in Bezug auf die Gewinne, aus denen die Dividenden gezahlt werden.

(3) Der in diesem Artikel verwendete Ausdruck „Dividenden“ bedeutet Einkünfte aus Aktien, Genussaktien oder Genussscheinen, Kuxen, Gründeranteilen oder anderen Rechten – ausgenommen Forderungen – mit Gewinnbeteiligung sowie aus sonstigen Gesellschaftsanteilen stammende Einkünfte,

die nach dem Recht des Staates, in dem die ausschüttende Gesellschaft ansässig ist, den Einkünften aus Aktien steuerlich gleichgestellt sind.

(4) Die Absätze 1 und 2 sind nicht anzuwenden, wenn der in einem Vertragsstaat ansässige Nutzungsberechtigte im anderen Vertragsstaat, in dem die die Dividenden zahlende Gesellschaft ansässig ist, eine gewerbliche Tätigkeit durch eine dort gelegene Betriebsstätte oder eine selbstständige Arbeit durch eine dort gelegene feste Einrichtung ausübt und die Beteiligung, für die die Dividenden gezahlt werden, tatsächlich zu dieser Betriebsstätte oder festen Einrichtung gehört. In diesem Fall ist Artikel 7 beziehungsweise Artikel 14 anzuwenden.

(5) Bezieht eine in einem Vertragsstaat ansässige Gesellschaft Gewinne oder Einkünfte aus dem anderen Vertragsstaat, so darf dieser andere Staat weder die von der Gesellschaft gezahlten Dividenden besteuern, es sei denn, dass diese Dividenden an eine im anderen Staat ansässige Person gezahlt werden oder dass die Beteiligung, für die die Dividenden gezahlt werden, tatsächlich zu einer im anderen Staat gelegenen Betriebsstätte oder festen Einrichtung gehört, noch Gewinne der Gesellschaft einer Steuer für nichtausgeschüttete Gewinne unterwerfen, selbst wenn die gezahlten Dividenden oder die nichtausgeschütteten Gewinne ganz oder teilweise aus im anderen Staat erzielten Gewinnen oder Einkünften bestehen.

Artikel 11

ZINSEN

(1) Zinsen, die aus einem Vertragsstaat stammen und an eine im anderen Vertragsstaat ansässige Person gezahlt werden, dürfen, wenn diese Person der Nutzungsberechtigte ist, nur im anderen Staat besteuert werden.

(2) Diese Zinsen dürfen jedoch auch in dem Vertragsstaat, aus dem sie stammen, nach dem Recht dieses Staates besteuert werden; die Steuer darf aber, wenn der Nutzungsberechtigte der Zinsen im anderen Vertragsstaat ansässig ist, 10 vom Hundert des Bruttobetrages der Zinsen nicht übersteigen.

(3) Ungeachtet des Absatzes 2 sind die Zinsen in dem Vertragsstaat, aus dem sie stammen, von der Besteuerung befreit, wenn es sich handelt um:

- a) Zinsen, die an den anderen Vertragsstaat oder an eine seiner Gebietskörperschaften gezahlt werden;
- b) Zinsen für Kundenforderungen – einschließlich Forderungen aus gestundeten Zahlungen für Güter- und Warenlieferungen oder Dienstleistungen, die von einem Unternehmen erbracht werden;
- c) Zinsen im Zusammenhang mit einem Darlehen, das von öffentlichen Einrichtungen zum Zwecke der Exportförderung gewährt, garantiert oder besichert wird, oder einem Kredit, der von öffentlichen Einrichtungen zum Zwecke der Exportförderung gewährt, garantiert oder besichert wird.

(4) Der in diesem Artikel verwendete Ausdruck „Zinsen“ bedeutet Einkünfte aus Forderungen jeder Art, auch wenn die Forderungen durch Pfandrechte an Grundstücken gesichert oder mit einer Beteiligung am Gewinn des Schuldners ausgestattet sind, und insbesondere Einkünfte aus öffentlichen Anleihen und aus Obligationen einschließlich der damit verbundenen Aufgelder und der Gewinne aus Losanleihen. Zuschläge für verspätete Zahlung gelten nicht als Zinsen im Sinne dieses Artikels.

(5) Die Absätze 1, 2 und 3 sind nicht anzuwenden, wenn der in einem Vertragsstaat ansässige Nutzungsberechtigte im anderen Vertragsstaat, aus dem die Zinsen stammen, eine gewerbliche Tätigkeit durch eine dort gelegene Betriebsstätte oder eine selbstständige Arbeit durch eine dort gelegene feste Einrichtung ausübt und die Forderung, für die die Zinsen gezahlt werden, tatsächlich zu dieser Betriebsstätte oder festen Einrichtung gehört. In diesem Fall ist Artikel 7 beziehungsweise Artikel 14 anzuwenden.

(6) Bestehen zwischen dem Schuldner und dem Nutzungsberechtigten oder zwischen jedem von ihnen und einem Dritten besondere Beziehungen und übersteigen deshalb die Zinsen, gemessen an der zu Grunde liegenden Forderung, den Betrag, den Schuldner und Nutzungsberechtigter ohne diese Beziehungen vereinbart hätten, so wird dieser Artikel nur auf den letzteren Betrag angewendet. In diesem Fall kann der übersteigende Betrag nach dem Recht eines jeden Vertragsstaats und unter Berücksichtigung der anderen Bestimmungen dieses Abkommens besteuert werden.

Artikel 12

LIZENZGEBÜHREN

(1) Lizenzgebühren, die aus einem Vertragsstaat stammen und an eine im anderen Vertragsstaat ansässige Person gezahlt werden, dürfen, wenn diese Person der Nutzungsberechtigte ist, nur im anderen Staat besteuert werden.

(2) Diese Lizenzgebühren dürfen jedoch auch in dem Vertragsstaat, aus dem sie stammen, nach dem Recht dieses Staates besteuert werden; die Steuer darf aber, wenn der Nutzungsberechtigte der Lizenzgebühren im anderen Vertragsstaat ansässig ist, 5 vom Hundert des Bruttobetrages der Lizenzgebühren nicht übersteigen.

(3) Der in diesem Artikel verwendete Ausdruck „Lizenzgebühren“ bedeutet Vergütungen jeder Art, die für die Benutzung oder für das Recht auf Benutzung von Urheberrechten an literarischen, künstlerischen oder wissenschaftlichen Werken, einschließlich kinematografischer Filme, von Patenten, Marken, Mustern oder Modellen, Plänen, geheimen Formeln oder Verfahren oder für die Mitteilung gewerblicher, kaufmännischer oder wissenschaftlicher Erfahrungen gezahlt werden.

(4) Die Absätze 1 und 2 sind nicht anzuwenden, wenn der in einem Vertragsstaat ansässige Nutzungsberechtigte im anderen Vertragsstaat, aus dem die Lizenzgebühren stammen, eine gewerbliche Tätigkeit durch eine dort gelegene Betriebsstätte oder eine selbstständige Arbeit durch eine dort gelegene feste Einrichtung ausübt und die Rechte oder Vermögenswerte, für die die Lizenzgebühren gezahlt werden, tatsächlich zu dieser Betriebsstätte oder festen Einrichtung gehören. In diesem Fall ist Artikel 7 beziehungsweise Artikel 14 anzuwenden.

(5) Bestehen zwischen dem Schuldner und dem Nutzungsberechtigten oder zwischen jedem von ihnen und einem Dritten besondere Beziehungen und übersteigen deshalb die Lizenzgebühren, gemessen an der zu Grunde liegenden Leistung, den Betrag, den Schuldner und Nutzungsberechtigter ohne diese Beziehungen vereinbart hätten, so wird dieser Artikel nur auf den letzteren Betrag angewendet. In diesem Fall kann der übersteigende Betrag nach dem Recht eines jeden Vertragsstaats und unter Berücksichtigung der anderen Bestimmungen dieses Abkommens besteuert werden.

Artikel 13

GEWINNE AUS DER VERÄUSSERUNG VON VERMÖGEN

(1) Gewinne, die eine in einem Vertragsstaat ansässige Person aus der Veräußerung unbeweglichen Vermögens im Sinne des Artikels 6 bezieht, das im anderen Vertragsstaat liegt, dürfen im anderen Staat besteuert werden.

(2) Gewinne aus der Veräußerung beweglichen Vermögens, das Betriebsvermögen einer Betriebsstätte ist, die ein Unternehmen eines Vertragsstaats im anderen Vertragsstaat hat, oder das zu einer festen Einrichtung gehört, die einer in einem Vertragsstaat ansässigen Person für die Ausübung einer selbstständigen Arbeit im anderen Vertragsstaat zur Verfügung steht, einschließlich derartiger Gewinne, die bei der Veräußerung einer solchen Betriebsstätte (allein oder mit dem übrigen Unternehmen) oder einer solchen festen Einrichtung erzielt werden, dürfen im anderen Staat besteuert werden.

(3) Gewinne aus der Veräußerung von Seeschiffen oder Luftfahrzeugen, die von einem Unternehmen eines Vertragsstaats im internationalen Verkehr betrieben werden, sowie bewegliches Vermögen, das dem Betrieb dieser Schiffe oder Luftfahrzeuge dient, dürfen nur in diesem Vertragsstaat besteuert werden.

(4) Gewinne aus der Veräußerung des in den Absätzen 1, 2 und 3 nicht genannten Vermögens dürfen nur in dem Vertragsstaat besteuert werden, in dem der Veräußerer ansässig ist.

Artikel 14

SELBSTSTÄNDIGE ARBEIT

(1) Einkünfte, die eine in einem Vertragsstaat ansässige Person aus einem freien Beruf oder aus sonstiger ähnlicher selbstständiger Tätigkeit bezieht, dürfen nur in diesem Staat besteuert werden, ausgenommen unter den folgenden Bedingungen, unter denen diese Einkünfte auch im anderen Vertragsstaat besteuert werden dürfen:

- a) wenn ihr im anderen Vertragsstaat für die Ausübung ihrer Tätigkeit gewöhnlich eine feste Einrichtung zur Verfügung steht; in diesem Fall dürfen die Einkünfte im anderen Staat besteuert werden, jedoch nur insoweit, als sie dieser festen Einrichtung zugerechnet werden können; oder

b) wenn sie sich im anderen Vertragsstaat insgesamt 183 Tage oder länger innerhalb eines Zeitraums von zwölf Monaten, der während des betreffenden Kalenderjahres beginnt oder endet, aufhält; in diesem Fall dürfen die Einkünfte im anderen Staat besteuert werden, jedoch nur insoweit, als diese Einkünfte aus ihrer im betreffenden Jahr im anderen Staat ausgeübten Tätigkeit stammen.

(2) Der Ausdruck „freier Beruf“ umfasst insbesondere die selbstständig ausgeübte wissenschaftliche, literarische, künstlerische, erzieherische oder unterrichtende Tätigkeit sowie die selbstständige Tätigkeit der Ärzte, Rechtsanwälte, Ingenieure, Architekten, Zahnärzte und Buchsachverständigen.

Artikel 15

UNSELBSTSTÄNDIGE ARBEIT

(1) Vorbehaltlich der Artikel 16, 18, 19 und 20 dürfen Gehälter, Löhne und ähnliche Vergütungen, die eine in einem Vertragsstaat ansässige Person aus unselbstständiger Arbeit bezieht, nur in diesem Staat besteuert werden, es sei denn, die Arbeit wird im anderen Vertragsstaat ausgeübt. Wird die Arbeit dort ausgeübt, so dürfen die dafür bezogenen Vergütungen im anderen Staat besteuert werden.

(2) Ungeachtet des Absatzes 1 dürfen Vergütungen, die eine in einem Vertragsstaat ansässige Person für eine im anderen Vertragsstaat ausgeübte unselbstständige Arbeit bezieht, nur im erstgenannten Staat besteuert werden, wenn

- a) der Empfänger sich im anderen Staat insgesamt nicht länger als 183 Tage innerhalb eines Zeitraumes von zwölf Monaten, der innerhalb des betreffenden Kalenderjahres beginnt oder endet, aufhält und
- b) die Vergütungen von einem Arbeitgeber oder für einen Arbeitgeber gezahlt werden, der nicht im anderen Staat ansässig ist, und
- c) die Vergütungen nicht von einer Betriebsstätte oder einer festen Einrichtung getragen werden, die der Arbeitgeber im anderen Staat hat.

(3) Ungeachtet der Absätze 1 und 2 dürfen Vergütungen für unselbstständige Arbeit, die an Bord eines Seeschiffes oder Luftfahrzeuges ausgeübt wird, das von einem Unternehmen eines Vertragsstaats im internationalen Verkehr betrieben wird, in diesem Staat besteuert werden.

Artikel 16

AUFSICHTSRATS- UND VERWALTUNGSRATSVERGÜTUNGEN

Aufsichtsrats- oder Verwaltungsratsvergütungen und ähnliche Zahlungen, die eine in einem Vertragsstaat ansässige Person in ihrer Eigenschaft als Mitglied des Aufsichts- oder Verwaltungsrats einer Gesellschaft bezieht, die im anderen Vertragsstaat ansässig ist, dürfen im anderen Staat besteuert werden.

Artikel 17

KÜNSTLER UND SPORTLER

(1) Ungeachtet der Artikel 7, 14 und 15 dürfen Einkünfte, die eine in einem Vertragsstaat ansässige Person als Künstler, wie Bühnen-, Film-, Rundfunk- und Fernsehkünstler sowie Musiker, oder als Sportler aus ihrer im anderen Vertragsstaat persönlich ausgeübten Tätigkeit bezieht, im anderen Staat besteuert werden.

(2) Fließen Einkünfte aus einer von einem Künstler oder Sportler in dieser Eigenschaft persönlich ausgeübten Tätigkeit nicht dem Künstler oder Sportler selbst, sondern einer anderen Person zu, so dürfen diese Einkünfte ungeachtet der Artikel 7, 14 und 15 in dem Vertragsstaat besteuert werden, in dem der Künstler oder Sportler seine Tätigkeit ausübt.

(3) Die Absätze 1 und 2 finden keine Anwendung, wenn die von einem Künstler oder von einem Sportler in einem Vertragsstaat ausgeübte Tätigkeit in erheblichem Umfang aus öffentlichen Kassen eines Vertragsstaats oder beider Vertragsstaaten oder einer seiner Gebietskörperschaften unterstützt wird. In diesem Fall dürfen die Einkünfte nur in dem Vertragsstaat besteuert werden, in dem der Künstler oder Sportler ansässig ist.

Artikel 18

RUHEGEHÄLTER

Vorbehaltlich des Artikels 19 Absatz 2 dürfen Ruhegehälter und ähnliche Vergütungen, die einer in einem Vertragsstaat ansässigen Person für frühere unselbstständige Arbeit gezahlt werden, nur in diesem Staat besteuert werden.

Artikel 19

ÖFFENTLICHER DIENST

- (1) a) Gehälter, Löhne und ähnliche Vergütungen, ausgenommen Ruhegehälter, die von einem Vertragsstaat oder einer seiner Gebietskörperschaften an eine natürliche Person für die diesem Staat oder der Gebietskörperschaft geleisteten Dienste gezahlt werden, dürfen nur in diesem Staat besteuert werden.
b) Diese Gehälter, Löhne und ähnlichen Vergütungen dürfen jedoch nur im anderen Vertragsstaat besteuert werden, wenn die Dienste in diesem Staat geleistet werden und die natürliche Person in diesem Staat ansässig ist und
 - i) ein Staatsangehöriger dieses Staates ist oder
 - ii) nicht ausschließlich deshalb in diesem Staat ansässig geworden ist, um die Dienste zu leisten.
- (2) a) Ruhegehälter, die von einem Vertragsstaat oder einer seiner Gebietskörperschaften oder aus einem von diesem Staat oder der Gebietskörperschaft errichteten Sondervermögen an eine natürliche Person für die diesem Staat oder der Gebietskörperschaft geleisteten Dienste gezahlt werden, dürfen nur in diesem Staat besteuert werden.
b) Diese Ruhegehälter dürfen jedoch nur im anderen Vertragsstaat besteuert werden, wenn die natürliche Person in diesem Staat ansässig ist und ein Staatsangehöriger dieses Staates ist.
- (3) Auf Gehälter, Löhne und ähnliche Vergütungen und Ruhegehälter für Dienstleistungen, die im Zusammenhang mit einer gewerblichen Tätigkeit eines Vertragsstaats oder einer seiner Gebietskörperschaften erbracht werden, sind die Artikel 15, 16, 17 und 18 anzuwenden.

Artikel 20

STUDENTEN

(1) Zahlungen, die ein Student, Praktikant oder Lehrling, der sich in einem Vertragsstaat ausschließlich zum Studium oder zur Ausbildung aufhält und der im anderen Vertragsstaat ansässig ist oder dort unmittelbar vor der Einreise in den erstgenannten Staat ansässig war, für seinen Unterhalt, sein Studium oder seine Ausbildung erhält, dürfen im erstgenannten Staat nicht besteuert werden, sofern diese Zahlungen aus Quellen außerhalb dieses Staates stammen.

(2) Vergütungen, die ein Student, Praktikant oder Lehrling, der in einem Vertragsstaat ansässig ist oder vorher dort ansässig war, für eine Beschäftigung erhält, die er in dem anderen Vertragsstaat insgesamt nicht länger als 183 Tage während des betreffenden Steuerjahres ausübt, werden in dem anderen Staat nicht besteuert, wenn die Beschäftigung in unmittelbarem Zusammenhang mit seinen im erstgenannten Staat ausgeübten Studien oder seiner dort ausgeübten Ausbildung steht.

Artikel 21

ANDERE EINKÜNFTE

(1) Einkünfte einer in einem Vertragsstaat ansässigen Person, die in den vorstehenden Artikeln nicht behandelt wurden, dürfen ohne Rücksicht auf ihre Herkunft nur in diesem Staat besteuert werden.

(2) Absatz 1 ist auf andere Einkünfte als solche aus unbeweglichem Vermögen im Sinne des Artikels 6 Absatz 2 nicht anzuwenden, wenn der in einem Vertragsstaat ansässige Empfänger im anderen Vertragsstaat eine gewerbliche Tätigkeit durch eine dort gelegene Betriebstätte oder eine selbstständige Arbeit durch eine dort gelegene feste Einrichtung ausübt und die Rechte oder Vermögenswerte, für die die Einkünfte gezahlt werden, tatsächlich zu dieser Betriebstätte oder festen Einrichtung gehören. In diesem Fall ist Artikel 7 beziehungsweise Artikel 14 anzuwenden.

Artikel 22

VERMÖGEN

(1) Unbewegliches Vermögen im Sinne des Artikels 6, das einer in einem Vertragsstaat ansässigen Person gehört und im anderen Vertragsstaat liegt, darf im anderen Staat besteuert werden.

(2) Bewegliches Vermögen, das Betriebsvermögen einer Betriebstätte ist, die ein Unternehmen eines Vertragsstaats im anderen Vertragsstaat hat, oder das zu einer festen Einrichtung gehört, die einer in

einem Vertragsstaat ansässigen Person für die Ausübung einer selbstständigen Arbeit im anderen Vertragsstaat zur Verfügung steht, darf im anderen Staat besteuert werden.

(3) Seeschiffe und Luftfahrzeuge, die von einem Unternehmen eines Vertragsstaats im internationalen Verkehr betrieben werden, sowie bewegliches Vermögen, das dem Betrieb dieser Seeschiffe oder Luftfahrzeuge dient, dürfen nur in diesem Staat besteuert werden.

(4) Alle anderen Vermögensteile einer in einem Vertragsstaat ansässigen Person dürfen nur in diesem Staat besteuert werden.

Artikel 23

BEFREIUNGSMETHODE

(1) Bezieht eine in einem Vertragsstaat ansässige Person Einkünfte oder hat sie Vermögen und dürfen diese Einkünfte oder dieses Vermögen nach diesem Abkommen im anderen Vertragsstaat besteuert werden, so nimmt der erstgenannte Staat vorbehaltlich der Absätze 2, 3 und 4 diese Einkünfte oder dieses Vermögen von der Besteuerung aus.

(2) Bezieht eine in einem Vertragsstaat ansässige Person Einkünfte, die nach den Artikeln 10, 11 und 12 im anderen Vertragsstaat besteuert werden dürfen, so rechnet der erstgenannte Staat auf die vom Einkommen dieser Person zu erhebende Steuer den Betrag an, der der im anderen Staat gezahlten Steuer entspricht. Der anzurechnende Betrag darf jedoch den Teil der vor der Anrechnung ermittelten Steuer nicht übersteigen, der auf die aus dem anderen Staat bezogenen Einkünfte entfällt.

(3) Dividenden im Sinne des Artikels 10 Absatz 2 lit. b, die von einer in einem Vertragsstaat ansässigen Gesellschaft an eine im anderen Vertragsstaat ansässige Gesellschaft gezahlt werden, sind, vorbehaltlich der entsprechenden Bestimmungen des innerstaatlichen Rechts des anderen Vertragsstaats, aber ungeachtet allfälliger nach diesem Recht abweichender Mindestbeteiligungserfordernisse, im anderen Staat von der Besteuerung ausgenommen.

(4) Einkünfte oder Vermögen einer in einem Vertragsstaat ansässigen Person, die nach dem Abkommen von der Besteuerung in diesem Staat auszunehmen sind, dürfen gleichwohl in diesem Staat bei der Festsetzung der Steuer für das übrige Einkommen oder Vermögen der Person einbezogen werden.

(5) Einkünfte, die eine in einem Vertragsstaat ansässige Person bezieht und die von diesem Staat als Einkünfte betrachtet werden, die auf Grund dieses Abkommens im anderen Vertragsstaat zu besteuern sind, dürfen dessen ungeachtet im erstgenannten Staat besteuert werden, wenn der andere Vertragsstaat diese Einkünfte nach Durchführung eines Verständigungsverfahrens auf Grund dieses Abkommens von der Steuer befreit.

Artikel 24

GLEICHBEHANDLUNG

(1) Staatsangehörige eines Vertragsstaats dürfen im anderen Vertragsstaat keiner Besteuerung oder damit zusammenhängenden Verpflichtung unterworfen werden, die anders oder belastender ist als die Besteuerung und die damit zusammenhängenden Verpflichtungen, denen Staatsangehörige des anderen Staates unter gleichen Verhältnissen, insbesondere hinsichtlich der Ansässigkeit, unterworfen sind oder unterworfen werden können. Diese Bestimmung gilt ungeachtet des Artikels 1 auch für Personen, die in keinem Vertragsstaat ansässig sind.

(2) Die Besteuerung einer Betriebstätte, die ein Unternehmen eines Vertragsstaats im anderen Vertragsstaat hat, darf im anderen Staat nicht ungünstiger sein als die Besteuerung von Unternehmen des anderen Staates, die die gleiche Tätigkeit ausüben. Diese Bestimmung ist nicht so auszulegen, als verpflichte sie einen Vertragsstaat, den im anderen Vertragsstaat ansässigen Personen Steuerfreibeträge, -vergünstigungen und -ermäßigungen auf Grund des Personenstandes oder der Familienlasten zu gewähren, die er seinen ansässigen Personen gewährt.

(3) Sofern nicht Artikel 9 Absatz 1, Artikel 11 Absatz 6 oder Artikel 12 Absatz 5 anzuwenden ist, sind Zinsen, Lizenzgebühren und andere Entgelte, die ein Unternehmen eines Vertragsstaats an eine im anderen Vertragsstaat ansässige Person zahlt, bei der Ermittlung der steuerpflichtigen Gewinne dieses Unternehmens unter den gleichen Bedingungen wie Zahlungen an eine im erstgenannten Staat ansässige Person zum Abzug zuzulassen. Dementsprechend sind Schulden, die ein Unternehmen eines Vertragsstaats gegenüber einer im anderen Vertragsstaat ansässigen Person hat, bei der Ermittlung des steuerpflichtigen Vermögens dieses Unternehmens unter den gleichen Bedingungen wie Schulden gegenüber einer im erstgenannten Staat ansässigen Person zum Abzug zuzulassen.

(4) Unternehmen eines Vertragsstaats, deren Kapital ganz oder teilweise unmittelbar oder mittelbar einer im anderen Vertragsstaat ansässigen Person oder mehreren solchen Personen gehört oder ihrer Kontrolle unterliegt, dürfen im erstgenannten Staat keiner Besteuerung oder damit zusammenhängenden Verpflichtung unterworfen werden, die anders oder belastender ist als die Besteuerung und die damit zusammenhängenden Verpflichtungen, denen andere ähnliche Unternehmen des erstgenannten Staates unterworfen sind oder unterworfen werden können.

(5) Dieser Artikel gilt ungeachtet des Artikels 2 für Steuern jeder Art und Bezeichnung.

Artikel 25

VERSTÄNDIGUNGSVERFAHREN

(1) Ist eine Person der Auffassung, dass Maßnahmen eines Vertragsstaats oder beider Vertragsstaaten für sie zu einer Besteuerung führen oder führen werden, die diesem Abkommen nicht entspricht, so kann sie unbeschadet der nach dem innerstaatlichen Recht dieser Staaten vorgesehenen Rechtsmittel ihren Fall der zuständigen Behörde des Vertragsstaats, in dem sie ansässig ist, oder, sofern ihr Fall von Artikel 24 Absatz 1 erfasst wird, der zuständigen Behörde des Vertragsstaats unterbreiten, dessen Staatsangehöriger sie ist. Der Fall muss innerhalb von drei Jahren nach der ersten Mitteilung der Maßnahme unterbreitet werden, die zu einer dem Abkommen nicht entsprechenden Besteuerung führt.

(2) Hält die zuständige Behörde die Einwendung für begründet und ist sie selbst nicht in der Lage, eine befriedigende Lösung herbeizuführen, so wird sie sich bemühen, den Fall durch Verständigung mit der zuständigen Behörde des anderen Vertragsstaats so zu regeln, dass eine dem Abkommen nicht entsprechende Besteuerung vermieden wird. Die Verständigungsregelung ist ungeachtet der Fristen des innerstaatlichen Rechts der Vertragsstaaten durchzuführen.

(3) Die zuständigen Behörden der Vertragsstaaten werden sich bemühen, Schwierigkeiten oder Zweifel, die bei der Auslegung oder Anwendung des Abkommens entstehen, in gegenseitigem Einvernehmen zu beseitigen. Sie können auch gemeinsam darüber beraten, wie eine Doppelbesteuerung in Fällen vermieden werden kann, die im Abkommen nicht behandelt sind.

(4) Die zuständigen Behörden der Vertragsstaaten können zur Herbeiführung einer Einigung im Sinne der vorstehenden Absätze unmittelbar miteinander verkehren. Erscheint ein mündlicher Meinungsaustausch für die Herbeiführung der Einigung zweckmäßig, so kann ein solcher Meinungsaustausch in einer Kommission durchgeführt werden, die aus Vertretern der zuständigen Behörden der Vertragsstaaten besteht.

Artikel 26

INFORMATIONSAUSTAUSCH

(1) Die zuständigen Behörden der Vertragsstaaten tauschen die Informationen aus, die zur Durchführung dieses Abkommens betreffend die unter das Abkommen fallenden Steuern erforderlich sind, so weit die diesem Recht entsprechende Besteuerung nicht dem Abkommen widerspricht. Der Informationsaustausch ist durch Artikel 1 nicht eingeschränkt. Alle Informationen, die ein Vertragsstaat erhalten hat, sind ebenso geheim zu halten wie die auf Grund des innerstaatlichen Rechts dieses Staates beschafften Informationen und dürfen nur den Personen oder Behörden (einschließlich der Gerichte und der Verwaltungsbehörden) zugänglich gemacht werden, die mit der Veranlagung oder Erhebung, der Vollstreckung oder Strafverfolgung oder mit der Entscheidung von Rechtsmitteln hinsichtlich der unter das Abkommen fallenden Steuern befasst sind.

(2) Diese Personen oder Behörden dürfen die Informationen nur für diese Zwecke verwenden. Sie dürfen die Informationen in einem öffentlichen Gerichtsverfahren oder in einer Gerichtsentscheidung offen legen.

(3) Absatz 1 ist nicht so auszulegen, als verpflichte er einen Vertragsstaat,

- a) Verwaltungsmaßnahmen durchzuführen, die von den Gesetzen und der Verwaltungspraxis dieses oder des anderen Vertragsstaats abweichen;
- b) Informationen zu erteilen, die nach den Gesetzen oder im üblichen Verwaltungsverfahren dieses oder des anderen Vertragsstaats nicht beschafft werden können;
- c) Informationen zu erteilen, die ein Handels-, Industrie-, Gewerbe- oder Berufsgeheimnis oder ein Geschäftsverfahren preisgeben würden oder deren Erteilung dem Ordre public widerspräche.

Artikel 27**MITGLIEDER DIPLOMATISCHER MISSIONEN UND KONSULARISCHER
VERTRETUNGEN**

Dieses Abkommen berührt nicht die steuerlichen Vorrechte, die den Mitgliedern diplomatischer Missionen und konsularischer Vertretungen nach den allgemeinen Regeln des Völkerrechts oder auf Grund besonderer Übereinkünfte zustehen.

Artikel 28**INKRAFTTRETEN**

(1) Das Abkommen bedarf der Ratifikation; die Ratifikationsurkunden werden so bald wie möglich in Wien ausgetauscht.

(2) Dieses Abkommen tritt am ersten Tag des dritten Monats in Kraft, der dem Monat unmittelbar folgt, in dem der Austausch der Ratifikationsurkunden erfolgt ist, und seine Bestimmungen finden für alle Steuerjahre Anwendung, die nach dem 31. Dezember des Kalenderjahres beginnen, in dem der Austausch der Ratifikationsurkunden erfolgt ist.

Artikel 29**KÜNDIGUNG**

Dieses Abkommen bleibt in Kraft, solange es nicht von einem Vertragsstaat gekündigt wird. Jeder Vertragsstaat kann es am oder vor dem 30. Juni eines jeden Kalenderjahres nach Ablauf von fünf Jahren nach seinem Inkrafttreten schriftlich auf diplomatischem Weg kündigen. In diesem Fall findet das Abkommen nicht mehr Anwendung auf Steuerjahre, die nach dem 31. Dezember des Kalenderjahres beginnen, in dem die Kündigung erfolgt ist.

ZU URKUND DESSEN haben die hiezu von ihrer Regierung gehörig Bevollmächtigten dieses Abkommen unterzeichnet.

GESCHEHEN zu Taschkent, am 14. Juni 2000, in zwei Urschriften, jede in englischer, deutscher und usbekischer Sprache, wobei jeder Text gleichermaßen authentisch ist. Im Zweifel ist der englische Text maßgeblich.

Für die Republik Österreich:

Gürer

Für die Republik Usbekistan:

Achmedow

**Австрия Республикаси билан Ўзбекистон Республикаси
ўртасида икки ёқлама солиққа тортишнинг олдини олиш
ҳамда даромад ва мол-мулк солиқларини тўлашдан
бош тортишни бартараф қилиш тўғрисида**

К О Н В Е Н Ц И Я

Австрия Республикаси билан Ўзбекистон Республикаси,
икки ёқлама солиққа тортишнинг олдини олиш ҳамда
даромад ва мол-мулк солиқларини тўлашдан бош тортишни
бартараф қилиш тўғрисида Конвенция тузиш истагини
билдириб,

қуйидагилар тўғрисида аҳдлашиб олдилар:

1-модда

Шахсларга нисбатан қўллаш соҳаси

Ушбу Конвенция Аҳдлашувчи Давлатларнинг бири ёки ҳар
иккаласининг резиденти бўлган шахсларга нисбатан
қўлланилади.

2-модда

Татбиқ этиладиган солиқлар

(1) Ушбу Конвенция Аҳдлашувчи Давлат ёки унинг
маҳаллий ҳокимиятлари номидан олинадиган даромад, фойда ва
мол-мулк солиқларига нисбатан, уларни ундириш услубидан
қатъи назар, қўлланади.

(2) Умумий даромаддан, умумий мол-мулкдан ёхуд
даромаднинг бир қисмидан ёхуд мол-мулкнинг бир қисмидан
олинадиган барча солиқлар, шу жумладан кўчар ва кўчмас
мулкни бегоналаштиришдан олинадиган даромадлардан ҳамда
корхоналар томонидан тўланадиган иш ҳақи ёки маошнинг
умумий миқдоридан олинадиган солиқлар, шунингдек мол-мулк
қийматининг ўсишидан олинадиган барча солиқлар даромад,
фойда ва мол-мулк солиқлари деб ҳисобланади.

(3) Ушбу Конвенция қўлланадиган амалдаги солиқлар
хусусан қуйидагилардир:

а) Австрияга нисбатан:

1. даромад солиғи;
2. корпоратив солиқ;
3. ер солиғи;

4. қишлоқ хўжалиги ва ўрмон хўжалиги корхоналаридан олинадиган солиқ;

5. фойдаланилмайдиган ер участкалари қийматидан олинадиган солиқ;

(бундан кейин "Австрия солиқлари" деб аталади);

б) Ўзбекистон Республикасига нисбатан:

1. юридик шахслардан олинадиган даромад (фойда) солиғи;
2. жисмоний шахсларнинг даромадига солинадиган солиқ;

ва

3. мол-мулк солиғи;

(бундан кейин "Ўзбекистон солиқлари" деб аталади).

4. Конвенция имзоланган санадан сўнг ундириладиган солиқларга қўшимча ёки мавжудлари ўрнига киритилган ҳар қандай бир хил ёки моҳияти бўйича ўхшаш солиқларга нисбатан ҳам ушбу Конвенция қўлланилади. Аҳдлашувчи Давлатларнинг ваколатли органлари ўзларининг тегишли солиқ қонунчилигига киритилган барча муҳим ўзгаришлар тўғрисида бир-бирларини хабардор қилиб турадилар.

3-модда Умумий таърифлар

(1) Ушбу Конвенцияда, агар матн мазмунидан ўзга маъно чиқмаса:

а) "Австрия" атамаси Австрия Республикасини англатади;

б) "Ўзбекистон" атамаси Ўзбекистон Республикасини англатади: географик маънода ишлатилганда бу Ўзбекистон Республикаси қонунчилиги ва халқаро ҳуқуққа мувофиқ Ўзбекистон Республикаси ҳудудини, жумладан ҳудудий сувлари ва осмон кенгликлари доирасида Ўзбекистон Республикаси суверен ҳуқуқлари ва юрисдикциясини, шу жумладан ер ости ва табиий ресурслардан фойдаланиш ҳуқуқини амалга оширадиган ҳудудни англатади;

с) "Аҳдлашувчи Давлат" ва "бошқа Аҳдлашувчи Давлат" атамалари матнга боғлиқ равишда Австрияни ёки Ўзбекистонни англатади;

д) "шахс" атамаси жисмоний шахсни, компанияни ёки шахсларнинг бошқа ҳар қандай бирлашмасини англатади;

е) «компания» атамаси ҳар қандай корпоратив бирлашмани ва солиққа тортиш мақсадларида корпоратив бирлашма сифатида қараладиган ҳар қандай ташкилотни англатади;

f) «бир Аҳдлашувчи Давлат корхонаси» ва «бошқа Аҳдлашувчи Давлат корхонаси» атамалари тегишлича бир Аҳдлашувчи Давлат резиденти бошқарувида иш юритаётган корхонани ва бошқа Аҳдлашувчи Давлатнинг резиденти бошқарувида иш юритаётган корхонани англатади;

g) "халқаро ташиш" атамаси Аҳдлашувчи Давлатлардан бирининг корхонаси томонидан фойдаланиладиган денгиз ёки ҳаво кемасида ҳар қандай ташишни англатади, денгиз ва ҳаво кемаларининг фақат бошқа Аҳдлашувчи Давлатдаги пунктлар ўртасида фойдаланилиши бундан мустаснодир;

h) "ваколатли орган" атамаси:

(i) Австрияга нисбатан - Федерал Молия Вазирини ёки унинг ваколатли вакилини англатади;

(ii) Ўзбекистонга нисбатан - Ўзбекистон Республикаси Давлат солиқ қўмитаси Раисини ёки унинг ваколатли вакилини англатади;

i) "миллий шахс" атамаси:

(i) Аҳдлашувчи Давлат фуқаролигига эга бўлган ҳар қандай жисмоний шахсни;

(ii) Аҳдлашувчи Давлатнинг амалдаги қонунларига мувофиқ ўз мақомини олган ҳар қандай юридик шахсни, ҳамжамият ёки ассоциацияни англатади.

(2) Ушбу Конвенция Аҳдлашувчи Давлат томонидан қўлланганида унда белгиланмаган ҳар қандай атама, агар матн мазмунидан ўзга маъно келиб чиқмаса, ушбу Конвенция татбиқ этиладиган мавжуд солиқларга нисбатан шу Давлатнинг қонунчилиги бўйича белгиланган маънога эга бўлади.

4-модда

Резидент

(1) Ушбу Конвенцияда «Аҳдлашувчи Давлат резиденти» атамаси шу Давлатнинг қонунчилиги бўйича ўзининг яшаш жойи, доимий бўлиб туриш жойи, бошқарув жойи ёки бошқа ҳар қандай шунга ўхшаш мезонлар асосида шу ерда солиққа тортиладиган ҳар қандай шахсни англатади. Бироқ бу атама ана шу Давлатда фақат шу Давлатда жойлашган манбалардан ёки мол-мулкдан даромад олаётгани учун солиққа тортиладиган ҳар қандай шахсни ўз ичига қамрамайди.

(2) Агар 1-банд қоидаларига мувофиқ жисмоний шахс ҳар иккала Аҳдлашувчи Давлатнинг резиденти бўлса, бунда унинг мақоми қуйидаги тарзда белгиланади:

a) у тўсиқсиз яшаши мумкин бўлган доимий уйи жойлашган Давлатнинг резиденти ҳисобланади; агар у ҳар иккала Давлатда ҳам тўсиқсиз яшаши мумкин бўлган доимий уйига эга бўлса, шахсий ва иқтисодий алоқалари чуқуроқ бўлган (ҳаётий манфаатлар маркази) Давлатнинг резиденти ҳисобланади;

b) агар унинг ҳаётий манфаатлари маркази жойлашган Давлатни аниқлаб бўлмаса ёки Давлатлардан ҳеч бирида тўсиқсиз яшаши мумкин бўлган доимий уйи бўлмаса, у одатда яшаб турган Давлатнинг резиденти ҳисобланади;

c) агар шахс одатда ҳар иккала Аҳдлашувчи Давлатда яшаса ёки у уларнинг ҳеч бирида яшамаса, у миллий шахси бўлган ўша Аҳдлашувчи Давлатнинг резиденти ҳисобланади;

d) агар у ҳар иккала Давлатнинг миллий шахси бўлса ёки ҳеч бириники бўлмаса, унда Аҳдлашувчи Давлатларнинг ваколатли органлари масалани ўзаро келишувга биноан ҳал қиладилар.

3) Агар 1-банд қоидаларига мувофиқ жисмоний шахс бўлмаган шахс ҳар иккала Аҳдлашувчи Давлатнинг резиденти бўлса, у унинг амалдаги раҳбар органи жойлашган ўша Аҳдлашувчи Давлатнинг резиденти ҳисобланади.

5-модда

Доимий муассаса

(1) Ушбу Конвенцияда "доимий муассаса" атамаси корхона тадбиркорлик фаолиятини тўлиқ ёки қисман амалга оширадиган доимий фаолият жойини билдиради.

(2) "Доимий муассаса" атамаси, хусусан қуйидагиларни ўз ичига олади:

a) бошқарув жойи;

b) бўлим;

c) офис;

d) фабрика;

e) устахона, ва

f) кон, нефт ёки газ қудуғи, карьер ёки табиий ресурслар қазиб олинadиган ҳар қандай бошқа жой.

(3) қурилиш майдончаси ёки қурилиш ёхуд йиғма объект, агар бундай ишлар 12 ойдан кўпроқ мавжуд бўлса, доимий муассаса ҳосил қилади.

(4) Ушбу модданинг аввалги қоидаларига қарамай, "доимий муассаса" атамаси қуйидагиларни ўз ичига олмайди:

a) иншоотлардан шу корхонага тегишли бўлган товар ёки буюмларни фақат сақлаш, намоиш қилиш ёки етказиб бериш мақсадларидагина фойдаланиш;

b) шу корхонага тегишли бўлган товар ёки буюмлар захирасини фақат сақлаш, намоиш қилиш ёки етказиб бериш мақсадларидагина ушлаб турилиши;

c) шу корхонага тегишли бўлган товар ёки буюмлар захирасини бошқа корхона томонидан қайта ишлов берилиши мақсадларидагина ушлаб турилиши;

d) доимий фаолият жойининг фақат товар ёки буюмлар сотиб олиш ёки ушбу корхона учун ахборот йиғиш мақсадларида ушлаб турилиши;

e) доимий фаолият жойининг ушбу корхона учун фақат бошқа ҳар қандай тайёргарлик ёки ёрдамчи тусдаги фаолиятни амалга ошириш мақсадларида ушлаб турилиши.

f) доимий фаолият жойининг (a)-(e) кичик бандларида эслатиб ўтилган фаолият турларининг ҳар қандай уйғунлашуви учунгина бундай доимий фаолият жойининг фаолияти ана шу уйғунлашув натижаси тайёргарлик ҳамда ёрдамчи тусда бўлган тақдирда сақлаб турилиши.

(5) 1 ва 2-бандларнинг қоидаларига қарамай, агар 6-банд татбиқ этиладиган мустақил мақомли агентдан ўзга бўлган шахс Аҳдлашувчи Давлатда корхона номидан иш юритса ва одатда корхона номидан шартномалар тузиш ваколоти фойдаланса, унда бу корхона ана шу Давлатда шу корхона учун ушбу шахс томонидан кўрсатилган ҳар қандай фаолиятга нисбатан доимий муассасага эга, деб ҳисобланади, агар ушбу шахснинг фаолияти 4-бандда кўрсатиб ўтилган фаолият турлари билан чекланиб қолмаса, агар фаолият доимий фаолият жойи орқали амалга оширилса, шу банднинг қоидаларига биноан бу доимий фаолият жойидан доимий муассаса ҳосил қилмаса.

(6) Корхона, Аҳдлашувчи Давлатда брокер, комисионер ёки бошқа ҳар қандай мустақил мақомли агент орқали ана шу Давлатда тадбиркорлик фаолиятини амалга оширсагина, шу шахслар ўзларининг одатдаги фаолияти доирасида ҳаракат қилишлари шарти билан доимий муассасага эга деб қаралмайди.

(7) Аҳдлашувчи Давлатлардан бирининг резиденти бўлган компания бошқа Аҳдлашувчи Давлатнинг резиденти бўлган компанияни назорат қилса ёки назорат қилинса ёки ана шу бошқа Давлатда тижорат фаолиятини (доимий муассаса орқали ёки бошқа тарзда) амалга ошираётган бўлса, бу ҳол ўз-ўзидан бу компаниялардан ҳеч бирини бошқаси учун доимий муассасага айлантормайди.

6-модда

Кўчмас мулкдан олинадиган даромад

(1) Аҳдлашувчи Давлатлардан бирининг резиденти томонидан бошқа Аҳдлашувчи Давлатда жойлашган кўчмас мулкдан (жумладан, қишлоқ ёки ўрмон хўжалигидан олинадиган даромадлар) оладиган даромади ана шу бошқа Давлатда солиққа тортилиши мумкин.

(2) "Кўчмас мулк" атамаси кўриб чиқиладиган мулк жойлашган ўша Аҳдлашувчи Давлат қонунчилиги бўйича белгиланган маънога эгадир. Ҳар қандай ҳолда ҳам атама ҳуқуқи ер устидаги мулкчиликка тааллуқли умумий қонунчиликнинг қоидалари билан белгиланган кўчмас мулкка тегишли бўлган мулкни, чорва, қишлоқ ва ўрмон хўжалигида ишлатиладиган воситаларни, кўчмас мулк узифруктини ва минераллар, манбалар ва бошқа табиий ресурсларнинг қатламларини қазииш учун товон сифатида тўланадиган ўзгарувчан ёки қайд этилган тўловлар ҳуқуқини ёки минераллар, манбалар ва бошқа табиий ресурслар қатламларини қазииш ҳуқуқини ўз ичига олади. Денгиз, дарё ва ҳаво кемалари кўчмас мулк сифатида қаралмайди.

(3) 1-банд қоидалари кўчмас мулкдан тўғридан-тўғри фойдаланиш, ижарага бериш ёки бошқа ҳар қандай шаклда фойдаланишдан олинган даромадга нисбатан қўлланади.

(4) 1- ва 3-банд қоидалари корхонанинг кўчмас мулкдан олган даромадига ва мустақил шахсий хизматларни амалга ошириш учун фойдаланиладиган кўчмас мулкдан олган даромадларига ҳам қўлланади.

7-модда

Тадбиркорлик фаолиятидан олинадиган фойда

(1) Корхона ўз тадбиркорлик фаолиятини бошқа Аҳдлашувчи Давлатда у ерда жойлашган доимий муассаса орқали амалга оширмаётган бўлса, бир Аҳдлашувчи Давлат корхонасининг фойдаси фақат ана шу Давлатда солиққа тортилади. Агар корхона ўз фаолиятини юқорида айтилганидек амалга ошираётган бўлса, корхонанинг фойдаси бошқа Аҳдлашувчи Давлатда солиққа тортилиши мумкин, фақат доимий муассасага тегишли бўлган қисмидагина солиққа тортилади.

(2) 3-банд қоидаларига мувофиқ агар бир Аҳдлашувчи Давлатнинг корхонаси бошқа Аҳдлашувчи Давлатда у ерда жойлашган доимий муассаса орқали тадбиркорлик фаолиятини амалга ошираётган бўлса, ҳар бир Аҳдлашувчи Давлатда бундай доимий муассасага фойда у алоҳида ва мустақил корхона сифатида худди шундай ёки шунга ўхшаш фаолиятни худди шундай ёки шунга ўхшаш шартлар асосида амалга ошириб доимий муассаса ҳисобланган корхонадан мутлақо мустақил равишда иш кўриб олиши мумкин бўлган фойда каби ўтказилади.

(3) Доимий муассаса фойдасини аниқлашда, ушбу доимий муассаса фаолияти мақсадлари учун сарфланган, жумладан доимий муассаса жойлашган Давлатда ёки ҳар қандай бошқа ердаги фаолият мақсадлари учун сарфланган бошқарув ва умумий маъмурий харажатларни чегириб ташлашга йўл қўйилади. Бироқ доимий муассаса томонидан корхонанинг бош офисига ёки унинг исталган бошқа офисларидан бирига роялти, гонорарлар ёки бошқа шунга ўхшаш тўловлар тарзида патентлардан ёки бошқа ҳуқуқлардан фойдаланганлик ўрнига ёки муайян хизматлар учун ёки менежментлик учун комиссия тўловлар тарзида, ёхуд банк корхонасидан ташқари, доимий муассасага берилган қарз учун фоизлар тарзида тўланган суммаларга нисбатан ҳеч қандай чегирмаларга йўл қўйилмайди. Доимий муассасаси томонидан корхонанинг бош офисига ёки офисларидан бирига роялти, гонорарлар ёки шунга ўхшаш бошқа тўловлар тарзида патентлардан ёки бошқа ҳуқуқлардан фойдаланганлик ўрнига ёки муайян хизматларни бажарганлик учун ёки менежмент учун комиссия тўловлар тарзида, ёки банк муассаси холларидан ташқари, пул фоизлари тарзида ўтказилган суммалар ҳам (ҳақиқий харажатларни қоплашдан ташқари) ҳисобга олинмайди.

(4) Аҳдлашувчи Давлатда доимий муассасага тегишли бўлган фойдани корхона оладиган умумий фойда миқдорини унинг турли бўлинмаларига мутаносиб тақсимлаш асосида аниқлаш одатдаги амалиёт эканлигига қарамай, 2-банддаги ҳеч бир нарса амалиётда таъкидланганидек, бу Давлатга шундай тақсимлаш асосида солиқ солинадиган фойдани аниқлашга ҳалақит бермайди; тақсимлашнинг танланган усули мана шу моддада мавжуд бўлган тамойилларга мувофиқ келадиган натижаларни бериши лозим.

(5) Корхона учун ушбу доимий муассаса томонидан товар ёки буюмларнинг харид қилинишигагина асосланиб доимий муассасага бирон-бир фойда ёзилмайди.

(6) Аввалги бандлар мақсадлари учун доимий муассасага тааллуқли бўлган фойда, агар бошқаси учун салмоқли ва етарли сабаблар бўлмаса, ҳар йили бир хил услубда аниқланади.

(7) Агар фойда ушбу Конвенциянинг бошқа моддаларида алоҳида айтиб ўтилган даромад турларини қамраб оладиган бўлса, унда бу моддаларнинг қоидаларига ушбу модда қоидалари таъсир этмайди.

(8) "Фойда" атамаси ушбу моддада қўлланганида, шунингдек, ҳар қандай шерик томонидан шерикликда иштирок этишдан оладиган фойдасини ва Австрияга нисбатан, Австрия қонунларига мувофиқ ташкил этилган эркин компанияда (Stille Gesellschaft) иштирок этишдан олинган фойдани ҳам ўз ичига олади.

8-модда **Халқаро транспорт**

(1) Аҳдлашувчи Давлат корхонасининг кема ва самолётлардан халқаро ташишларда фойдаланишдан олган даромадлари фақат шу Давлатда солиққа тортилади.

(2) 1-банд қоидалари, шунингдек пульда, қўшма фаолиятда ёки халқаро ташкилотда иштирок этишдан олинган фойдага ҳам татбиқ этилади.

9-модда **Бирлашган корхоналар**

1. Агар:

а) Аҳдлашувчи Давлатнинг корхонаси бошқа Аҳдлашувчи Давлат корхонасини бошқаришда, назорат қилишда ёки унинг капиталида бевосита ёки билвосита иштирок этса,
ёки

б) айна шахслар бир Аҳдлашувчи Давлат корхонасини ва бошқа Аҳдлашувчи Давлат корхонасини бошқаришда, назорат қилишда ёки унинг мол-мулкида бевосита ёки билвосита қатнашса,

ва ҳар қандай ҳолатда икки корхона ўртасида уларнинг тижорат ёки молиявий муносабатларида мутлақо мустақил бўлган корхоналар ўртасида бўладигандан фарқли шароитлар вужудга келтирилса ёки белгиланса, унда шундай муносабатлар натижасида корхоналарнинг бирида тўпланган, бироқ шундай муносабатларга биноан ўша ҳажмда ҳисобланмаган ҳар қандай

фойда ушбу корхона фойдасига киритилиш ва тегишли тарзда солиққа тортилиши мумкин.

(2) Бир Аҳдлашувчи Давлат шу Давлат корхонаси фойдасига бошқа Аҳдлашувчи Давлат корхонаси бўйича ана шу бошқа Давлатда солиққа тортиладиган фойдани, шунингдек солиқларни тегишли тарзда киритса ва шу тариқа киритилган фойда, агар иккала корхона ўртасида вужудга келтирилган муносабатлар икки мустақил корхона ўртасидаги муносабатлар каби бўлганида биринчи эслатилган Давлат корхонасига ҳисобланадиган фойда бўлса, у ҳолда ана шу бошқа Давлат шу Давлатга тегишли фойдадан олинадиган солиқ миқдорига зарур тузатишлар киритади. Бундай тузатишларни белгилашда ушбу Конвенциянинг бошқа қоидаларига тегишлича эътиборни қаратиши керак ва Аҳдлашувчи Давлатларнинг ваколатли органлари, зарур бўлса, ўзаро маслаҳатлашишларни бошлашлари лозим.

10-модда Дивидендлар

(1) Аҳдлашувчи Давлатлардан бирининг резиденти бўлган компания томонидан бошқа Аҳдлашувчи Давлат резидентига тўланадиган дивидендлар ана шу бошқа Давлатда солиққа тортилиши мумкин.

(2) Бироқ, бундай дивидендлар, шунингдек уларни тўлаётган компания резидент бўлган Аҳдлашувчи Давлатда шу Давлатнинг қонунларига мувофиқ ҳам солиққа тортилиши мумкин, аммо, агар олувчи дивидендларни ҳақиқий эгаси бўлса, бунда шундай тарзда олинадиган солиқ миқдори қуйидагилардан ошмаслиги керак.

а) дивидендлар ялпи миқдорининг 15 фоизидан;

б) дивидендларни тўлаётган компания мол-мулкининг камида 10 фоизи бевосита тегишли бўлган компания (шерикликдан бошқача тарздаги) дивидендларнинг ҳақиқий эгаси бўлса, дивидендлар ялпи миқдорининг 5 фоизидан.

Бу банд дивидендлар тўлайдиган компания фойдасини солиққа тортишга тааллуқли эмас.

(3) «Дивидендлар» атамаси, ушбу моддада қўлланилганда, акциялардан, акциялардан фойдаланиш ёки ҳуқуқлардан фойдаланиш, тоғ-кон саноати акцияларидан фойдаланиш ҳуқуқи, таъсисчилар акцияларидан ёки қарз талабларидан олинадиган даромад каби фойдада иштирок этишдаги бошқа ҳуқуқлардан фойдаланишдан олинадиган даромадларни,

шунингдек фойдани тақсимловчи компания резиденти бўлган Давлатнинг қонунларига мувофиқ, акциялардан олинадиган даромад каби ҳудди шундай солиқ бошқарувига тааллуқли бўлган бошқа корпоратив ҳуқуқлардан олинадиган даромадларни англатади.

(4) Агар дивидендларнинг ҳақиқий эгаси Аҳдлашувчи Давлатлардан бирининг резиденти бўлгани ҳолда, дивидендлар тўлаётган компания резиденти бўлган бошқа Аҳдлашувчи Давлатда унда жойлашган доимий муассаса орқали фаолиятини амалга оширса ёки ушбу бошқа Давлатда у ерда жойлашган доимий базадан мустақил шахсий хизматлар кўрсатса ва дивидендлар тўланадиган холдинг аслида шу доимий муассаса ёки доимий база билан боғлиқ бўлса, ушбу модданинг 1- ва 2-бандлари қоидалари қўлланилмайди. Бундай ҳолда, шароитга қараб 7- еки 14-моддаларнинг қоидалари қўлланади.

(5) Агар Аҳдлашувчи Давлатлардан бирининг резиденти бўлган компания бошқа Аҳдлашувчи Давлатда фойда ёки даромад олаётган бўлса, шу бошқа Давлат компания тўлаётган дивидендларни солиққа тортмаслиги мумкин, дивидендлар ана шу бошқа Давлат резидентига тўланадиган ёки дивидендлар тўланадиган холдинг шу бошқа Давлатда жойлашган доимий муассаса ёки доимий база билан ҳақиқатда боғлиқ бўлган ҳоллар бундан мустаснодир, шунингдек компаниянинг тақсимланмаган фойдаси ҳатто тўланаётган дивидендлар ёки тақсимланманган фойда ана шу бошқа Давлатда тўла ёки қисман ҳосил бўлган фойда ёки даромаддан ташкил топган бўлса ҳам компаниянинг тақсимланмаган фойдаси солиққа тортишга дучор қилинмайди.

11-модда **Фоизлар**

(1) Аҳдлашувчи Давлатларнинг бирида ҳосил бўлган ва бошқа Аҳдлашувчи Давлатнинг резидентига тўланадиган фоизлар ана шу бошқа Давлатда солиққа тортилиши мумкин, бунда резидент фоизларнинг ҳақиқий эгаси бўлиши лозим.

(2) Бироқ бундай фоизлар улар ҳосил бўлаётган Аҳдлашувчи Давлатда шу Давлатнинг қонунларига биноан ҳам солиққа тортилиши мумкин, аммо, фоизларнинг ҳақиқий эгаси Аҳдлашувчи Давлатнинг резиденти бўлса, унда шу тариқа ундириладиган солиқ фоизлар ялпи миқдорининг 10 фоизидан ошмаслиги керак.

(3) 2-банднинг қоидаларига қарамай, фоизлар улар ҳосил бўладиган ўша Аҳдлашувчи Давлатда солиқдан озод этилиши мумкин, агар бу:

а) бошқа Аҳдлашувчи Давлат ёки унинг маҳаллий ҳокимият органларига тўланаётган фоизлар бўлса;

б) тижорат қарз талабларига, жумладан корхона томонидан тақдим этиладиган товарлар, буюмлар ёки хизматлар учун муддати узайтирилган тўловлардан келиб чиқадиган қарз талабларига тааллуқли фоизлар бўлса;

с) барпо этилган, кафолатланган ёки суғурта қилинган қарзга нисбатан ёки мақсади экспортга ёрдамлашишдан иборат бўлган жамоат ташкилотлари томонидан муддати узайтирилган, кафолатланган ёки суғурта қилинган заёмга нисбатан тўланадиган фоизлар бўлса.

(4) «Фоизлар» атамаси ушбу моддада қўлланганда ипотека таъминотидан ва қарздорнинг фойдаларида иштирок этиш ҳуқуқидан қатъи назар ҳар қандай турдаги қарз мажбуриятларидан олинадиган даромадни ва хусусан ҳукумат қимматбаҳо қоғозларидан олинадиган даромад ва облигация ёки қарз мажбуриятларидан олинадиган даромаддан, жумладан ана шу қимматбаҳо қоғозлар, облигация ёки қарз мажбуриятлари бўйича олинадиган мукофот ва ютуқларни англатади. Тўлов муддати чўзиб юборилганлиги учун қўлланиладиган жарималар ушбу модда мақсадлари учун фоизлар сифатида қаралмайди.

(5) Агар фоизларнинг ҳақиқий эгаси Аҳдлашувчи Давлат резиденти бўла туриб фоизлар ҳосил бўлаётган бошқа Аҳдлашувчи Давлатда у ерда жойлашган доимий муассаса орқали тижорат фаолияти олиб бораётган бўлса ёки ушбу бошқа Давлатда жойлашган доимий база орқали мустақил шахсий хизматлар кўрсатаётган бўлса ва фоизлар тўланаётган қарз мажбуриятлари шундай доимий муассаса ёки доимий база билан ҳақиқатан ҳам боғлиқ бўлса, 1-, 2- ва 3-банд қоидалари қўлланмайди. Бундай ҳолда, вазиятга қараб 7- ёки 14-моддаларнинг қоидалари қўлланади.

(6) Агар тўловчи билан амалда фоизлар олиш ҳуқуқига эга бўлган шахс ўртасидаги, ёки улар иккаласи ва қандайдир бошқа шахс ўртасидаги алоҳида муносабатлар оқибатида қарз талабларига нисбатан тўланадиган фоизлар миқдори тўловчи билан амалда фоизлар олиш ҳуқуқига эга бўлган шахс ўртасида, бундай муносабатлар йўқ бўлган тақдирдагидек келишилиши мумкин бўлган миқдордан ортиқ бўлса, ушбу модда қоидалари фақат охирги эслатилган миқдорга нисбатан қўлланилади. Бундай ҳолда тўловнинг ортиқча қисми ушбу Конвенциянинг

бошқа қоидаларини инобатга олган ҳолда, ҳар бир Аҳдлашувчи Давлат қонунчилигига мувофиқ аввалгидек солиққа тортилади.

12-модда Роялти

(1) Аҳдлашувчи Давлатларнинг бирида ҳосил бўладиган ва бошқа Аҳдлашувчи Давлатнинг резидентига тўланадиган роялтилар, агар бу резидент роялтининг ҳақиқий эгаси бўлса, ана шу бошқа Давлатда солиққа тортилиши мумкин.

(2) Бироқ, бундай роялтилар, шунингдек улар ҳосил бўлган ўша Аҳдлашувчи Давлатда ва шу Давлат қонунларига мувофиқ ҳам солиққа тортилиши мумкин, аммо агар роялтининг ҳақиқий эгаси бошқа Аҳдлашувчи Давлат резиденти бўлса, солиқ роялтилар яши миқдорининг 5 фоизидан ошиб кетмаслиги лозим.

(3) «Роялти» атамасидан ушбу моддада фойдаланилганда адабиёт, санъат ёки фан асарларига, шу жумладан кинофильмларга ҳар қандай патент, савдо белгиси, дизайн ёки андоза, режа, махфий формула ёки жараёнга, ёхуд саноат, тижорат ёки илмий тажрибага нисбатан ахборотга бўлган ҳар қандай муаллифлик ҳуқуқидан фойдаланиши ёки фойдаланиш ҳуқуқи учун тақдирлаш ҳақи сифатида олинадиган ҳар қандай турдаги тўловларни билдиради.

(4) Агар роялтининг ҳақиқий эгаси Аҳдлашувчи Давлат резиденти бўла туриб, роялти ҳосил бўлаётган бошқа Аҳдлашувчи Давлатда у ерда жойлашган доимий муассаса орқали тижорат фаолияти олиб бораётган бўлса, ёки ушбу бошқа Давлатда жойлашган доимий база орқали мустақил шахсий хизматлар кўрсатаётган бўлса ва роялти тўланаётган ҳуқуқ ёки мулк амалда шундай доимий муассаса ёки доимий базага ҳақиқатан боғлиқ бўлса, 1- ва 2-бандларнинг қоидалари қўлланмайди. Бундай ҳолда, 7-модда ёки 14-моддаларнинг қоидалари вазиятга қараб қўлланади.

(5) Агар тўловчи билан амалда роялти олиш ҳуқуқига эга шахс ўртасидаги ёки уларнинг иккаласи ва бошқа бирон бир шахс ўртасидаги алоҳида муносабатлар оқибатида роялтидан фойдаланишга, фойдаланиш ҳуқуқига ёки ахборот учун тўланадиган роялтининг миқдори, тўловчи ва амалда шу даромадлар ҳуқуқига эга шахс ўртасида келишилиши мумкин бўлган миқдордан ошиқ бўлса, бундай муносабатлар йўқ бўлган тақдирда, ушбу модда қоидалари фақат охириги эслатилган миқдорга нисбатан қўлланади. Бундай ҳолда, тўловнинг ортиқча

қисми ушбу Конвенциянинг бошқа қоидаларини инобатга олиб, ҳар бир Аҳдлашувчи Давлат қонунчилигига мувофиқ аввалгидек солиққа тортилади.

13-модда

Мол-мулкни бегоналаштиришдан олинадиган даромадлар

(1) Аҳдлашувчи Давлатлардан бири резидентининг 6-моддада эслатиб ўтилган ва бошқа Аҳдлашувчи Давлатда жойлашган кўчмас мол-мулкни бегоналаштиришдан оладиган даромадлари ана шу бошқа Аҳдлашувчи Давлатда солиққа тортилиши мумкин.

(2) Аҳдлашувчи Давлат корхонасининг бошқа Аҳдлашувчи Давлатда эга бўлган доимий муассасаси тижорат мулкнинг бир қисмини ташкил этувчи кўчар мол-мулкни бегоналаштиришдан олган ёки Аҳдлашувчи Давлат резидентининг бошқа Аҳдлашувчи Давлатда мустақил шахсий хизматларни амалга оширишида бемалол фойдаланиши мумкин бўлган доимий базага тааллуқли кўчар мол-мулкни бегоналаштиришдан олган даромадлари, унга шу доимий муассасани (алоҳида ёки корхона билан биргаликда) ёки шундай доимий базани бегоналаштиришдан олган даромадини қўшган ҳолда, ана шу бошқа Аҳдлашувчи Давлатда солиққа тортилиши мумкин.

(3) Аҳдлашувчи Давлат корхонаси томонидан халқаро ташишларда фойдаланиладиган кема ёки самолётларни ёки шундай кема ёки самолётлардан фойдаланишга тааллуқли кўчар мол-мулкни бегоналаштиришдан олинган даромадлар фақат шу Давлатда солиққа тортилади.

(4) 1-, 2- ва 3-бандларда санаб ўтилмаган бошқа ҳар қандай мол-мулкни бегоналаштиришдан олинган даромадлар фақат мулкни бегоналаштирувчи шахс резидент бўлган ўша Аҳдлашувчи Давлатда солиққа тортилади.

14-модда

Мустақил шахсий хизматлар

(1) Аҳдлашувчи Давлатлардан бири резидентининг касбий хизматларни кўрсатиш ёки мустақил тусдаги бошқа шунга ўхшаш хизматларни кўрсатишдан олган даромади фақат шу Давлатда солиққа тортилади. Бундай даромадни бошқа Аҳдлашувчи Давлатда солиққа тортилиши мумкин бўлган ушбу даромадга бошқа Аҳдлашувчи Давлатда ҳам солиққа тортилиши мумкин бўлган қуйидаги ҳоллар бундан мустаснодир:

a) агар у ўз фаолиятини амалга оширишда бошқа Аҳдлашувчи Давлатда ўзи учун мунтазам қулай бўлган доимий базага эга бўлса; бундай ҳолда даромад ана шу бошқа Давлатда фақат ана шу доимий базага тааллуқли бўлган қисмигина солиққа тортилиши мумкин; ёки

b) агар унинг бошқа Аҳдлашувчи Давлатда бўлиши кўриб чиқиладиган тақвимий йилда бошланадиган ёки тугалланадиган ҳар қандай 12 ойлик давр доирасида жами 183 кундан иборат бўлган ёки ошадиган давр ёки даврлар мобайнида давом этса; бундай ҳолда ушбу бошқа Давлатда кўриб чиқиладиган йилда унинг амалга оширилган фаолиятдан олинадиган даромад қисмигина солиққа тортилиши мумкин.

(2) "Касбий хизматлар" атамаси, хусусан мустақил илмий, адабий, артистлик, маърифий ёки ўқитувчилик фаолиятларини, шунингдек врачлар, юристлар, муҳандислар, меъморлар, стоматологлар ва бухгалтерларнинг мустақил фаолиятини ўз ичига олади.

15-модда

Ёлланма шахсий хизматлар

(1) Ушбу Конвенциянинг 16-, 18-, ва 19- ва 20-моддалари қоидаларига мувофиқ, Аҳдлашувчи Давлат резидентининг ёлланма иш бўйича оладиган маоши, иш ҳақи ва шунга ўхшаш бошқа тақдирлаш ҳақлари, агар ёлланма иш бошқа Аҳдлашувчи Давлатда амалга оширилмаётган бўлса, фақат мана шу Давлатда солиққа тортилади. Агар ёлланма иш шу тариқа бажариладиган бўлса, унда шу муносабат билан олинган тақдирлаш ҳақлари ана шу бошқа Давлатда солиққа тортилиши мумкин.

(2) 1-банд қоидаларига қарамай, бир Аҳдлашувчи Давлат резидентининг бошқа Аҳдлашувчи Давлатда амалга оширадиган ёлланма иш бўйича оладиган тақдирлаш ҳақлари фақат биринчи эслатилган Давлатда солиққа тортилади, агар:

a) олувчи, бошқа Аҳдлашувчи Давлатда кўриб чиқиладиган солиқ йилда бошланадиган ёки тугайдиган ҳар қандай 12 ойлик давр доирасида жами 183 кундан ошмайдиган давр ёки даврлар мобайнида бўлиб турса; ва

b) тақдирлаш ҳақлари бошқа Давлат резиденти бўлмаган ёлловчи томонидан ёки ёлловчи номидан тўланса, ва

c) тақдирлаш ҳақларини ёлловчи бошқа Аҳдлашувчи Давлатда эга бўлган муассаса ёки доимий база ўз зиммасига олмаса.

(3) 1- ва 2-бандларнинг қоидаларига қарамай, Аҳдлашувчи Давлат корхонаси томонидан халқаро юк ташишларда фойдаланиладиган денгиз ёки ҳаво кемаси бортида амалга ошириладиган ёллаш бўйича иш учун олинадиган тақдирлаш ҳақлари шу Давлатда солиққа тортилиши мумкин.

16-модда

Директорларнинг гонорарлари

Бир Аҳдлашувчи Давлат резиденти томонидан бошқа Аҳдлашувчи Давлат резиденти бўлган компания Директорлар Кенгашининг аъзоси сифатида олинадиган Директорлар гонорарлари ва бошқа шу каби тўловлар ана шу бошқа Давлатда солиққа тортилиши мумкин.

17-модда

Санъат ходимлари ва спортчилар

(1) 14- ва 15-моддаларнинг қоидаларига қарамай, бир Аҳдлашувчи Давлат резиденти томонидан бошқа Аҳдлашувчи Давлатда театр, кино, радио ёки телевидение артисти ёки мусиқачи каби санъат ходими сифатида ёки спортчи сифатида унинг шахсий фаолиятидан олинадиган даромадлар ана шу бошқа Аҳдлашувчи Давлатда солиққа тортилиши мумкин.

(2) Санъат ходими ёки спортчи томонидан амалга ошириладиган Шахсий фаолиятга нисбатан бўлган даромадлар санъат ходими ёки спортчининг ўзига эмас, бошқа шахсга ёзилса, ушбу даромад 7-, 14- ва 15-моддаларнинг қоидаларига қарамай, санъат ходими ёки спортчининг шундай фаолияти амалга ошириладиган ўша Аҳдлашувчи Давлатда солиққа тортилиши мумкин.

(3) Агар санъат ходими ёки спортчининг Аҳдлашувчи Давлатларнинг бирида амалга оширадиган фаолияти асосан бир ёки ҳар иккала Аҳдлашувчи Давлатнинг давлат жамғармалари, ёки уларнинг маҳаллий ҳокимиятлари ҳисобидан амалга оширилса, 1- ва 2-бандларнинг қоидалари қўлланмайди. Бундай ҳолда, даромад фақат санъат ходими ёки спортчи резидент бўлган ўша Аҳдлашувчи Давлатда солиққа тортилади.

18-модда

Нафақалар

19-модданинг 2-банди қоидаларига мувофиқ, Аҳдлашувчи Давлатнинг резидентига унинг илгариги ёлланма иши учун товон сифатида тўланадиган нафақалар ва бошқа шу сингари рағбатлантириш пулларига фақат шу Давлатда солиқ солинади.

19-модда **Ҳукумат хизмати**

(1) а) Бир Аҳдлашувчи Давлат ёки унинг маҳаллий ҳокимияти томонидан жисмоний шахсга ана шу Давлат ёки маҳаллий ҳокимият учун кўрсатган хизматига нисбатан тўланадиган маош, иш ҳақи ва шунга ўхшаш тақдирлаш ҳақлари (нафақадан ташқари) фақат ана шу Давлатда солиққа тортилиши мумкин.

б) Бироқ бундай маош, иш ҳақи ва бошқа шу каби тақдирлаш ҳақлари фақат бошқа Аҳдлашувчи Давлатда солиққа тортилади, агар хизматлар ана шу Давлатда амалга оширилса ва жисмоний шахс шу Давлатнинг резиденти бўлиб:

(i) ана шу Давлатнинг миллий шахси бўлса
ёки

(ii) фақат хизматларни амалга ошириш мақсадида шу Давлатнинг резиденти бўлган бўлмаса.

(2) а) Аҳдлашувчи Давлат ёки маҳаллий ҳокимият органи ёки улар томонидан ташкил этилган жамғармалар томонидан ана шу Давлатга ёки маҳаллий ҳокимият органларига кўрсатган хизматларига нисбатан ҳар қандай жисмоний шахсга тўланадиган ҳар қандай нафақа фақат ана шу Давлатда солиққа тортилади.

б) Бироқ, агар жисмоний шахс шу Давлатнинг резиденти ва миллий шахси бўлса, бундай нафақа фақат бошқа Аҳдлашувчи Давлатда солиққа тортилиши мумкин.

(3) 15-, 16-, 17- ва 18-моддаларнинг қоидалари Аҳдлашувчи Давлат ёки унинг маҳаллий ҳокимиятлари амалга оширадиган тадбиркорлик фаолияти муносабати билан кўрсатиладиган хизматларга нисбатан тўланадиган маош, иш ҳақи ва бошқа шу каби тақдирлаш ҳақлари ва нафақаларга нисбатан қўлланади.

20-модда **Талабалар**

(1) Аҳдлашувчи Давлатлардан бирига келгунга қадар бевосита бошқа Аҳдлашувчи Давлатнинг резиденти ҳисобланиб турган ёки бўлган ва биринчи эслатилган Давлатда фақатгина

ўқиш ёки маълумот олиш мақсадидагина яшаб турган талаба ёки стажёрнинг яшаши, ўқиши ва маълумот олиши учун мўлжалланган тўловлар, бундай тўловлар шу Давлат ҳудудидан ташқаридаги манбалардан пайдо бўлган ҳолларда мана шу Давлатда солиққа тортилмайди.

(2) Аҳдлашувчи Давлатнинг резиденти бўлиб турган ва аввал бўлган талаба ёки амалиётчининг бошқа Аҳдлашувчи Давлатда кўриб чиқиладиган молия йили мобайнида жами 183 кундан ошмайдиган давр ёки даврлар мобайнида у томонидан амалга оширилган ёллаш бўйича ишга нисбатан оладиган тақдирлаш ҳақлари ана шу бошқа Давлатда солиққа тортилмаслиги лозим, агар ёллаш бўйича иш биринчи эслатиб ўтилган ўқиш ёки амалиёт билан тўғридан-тўғри боғлиқ бўлса.

21-модда **Бошқа даромадлар**

(1) Аҳдлашувчи Давлат резидентининг ушбу Конвенциянинг олдинги моддаларида айтиб ўтилмаган даромад турлари даромадларнинг қаерда пайдо бўлишидан қатъи назар, фақат ана шу Давлатда солиққа тортилади.

(2) 6-модданинг 2-бандида белгиланганидек, кўчмас мулкдан олинган даромад ҳисобланмайдиган даромадга нисбатан, агарда бундай даромадни олувчи Аҳдлашувчи Давлат резиденти бўла туриб бошқа Аҳдлашувчи Давлатда жойлашган доимий муассаса орқали фаолиятини амалга ошираётган бўлса ёки у ерда жойлашган доимий базадан мустақил шахсий хизматларни амалга ошираётган бўлса ва даромад тўланадиган ҳуқуқ ёки мулк ҳақиқатан ҳам бундай доимий муассаса ёки база билан боғланган бўлса. Бу ҳолатда, вазиятга қараб 7-модда ёки 14-моддаларнинг қоидалари қўлланилади.

22-модда **Мол-мулк**

(1) 6-моддада эслатиб ўтилган кўчмас мулкдан иборат бўлган, Аҳдлашувчи Давлатлардан бирининг резидентига тегишли бўлган ва бошқа Аҳдлашувчи Давлатда жойлашган мулк ана шу бошқа Давлатда солиққа тортилиши мумкин.

(2) Кўчар мулкдан иборат бўлиб бир Аҳдлашувчи Давлат корхонасининг бошқа Аҳдлашувчи Давлатда эга бўлган доимий муассасаси тижорат мулкнинг бир қисмини ташкил этган ёки Аҳдлашувчи Давлатлардан бирининг бошқа Аҳдлашувчи

Давлатда мустақил шахсий хизматлар кўрсатиш мақсадида унга қулай бўлган доимий база билан боғлиқ бўлган кўчар мулкдан иборат бўлган мулк ана шу бошқа Давлатда солиққа тортилиши мумкин.

(3) Аҳдлашувчи Давлат корхонаси томонидан халқаро юк ташишларда фойдаланиладиган кема ёки самолётлардан иборат бўлган, ёки шундай кема ёки самолётлардан фойдаланишга тааллуқли бўлган кўчар мулкдан иборат мулк фақат ана шу Давлатда солиққа тортилади.

(4) Аҳдлашувчи Давлат резиденти мол-мулкининг бошқа барча элементлари фақат шу Давлатда солиққа тортилади.

23-модда

Солиқдан озод қилиш методи

(1) Аҳдлашувчи Давлатлардан бирининг резиденти ушбу Конвенция қоидаларига мувофиқ бошқа Аҳдлашувчи Давлатда солиққа тортилиши мумкин бўлган даромад олса ёки мол-мулкка эгалик қилса, ушбу модданинг 2-, 3- ва 4-бандлари қоидаларига мувофиқ, биринчи эслатиб ўтилган Давлат бундай даромад ёки мол-мулкни солиққа тортишдан озод қилиши керак.

(2) Аҳдлашувчи Давлатлардан бирининг резиденти 10-, 11- ва 12-моддаларнинг қоидаларига мувофиқ, бошқа Аҳдлашувчи Давлатда солиққа тортилиши мумкин бўлган даромад турларини олса, унда биринчи эслатиб ўтилган Давлат ана шу резидентнинг даромад солиғидан шу бошқа Давлатда тўланган солиққа тенг миқдорни чегириб ташлашга имкон бериши керак. Бироқ бундай чегириб ташлаш ана шу бошқа Давлатда олинadиган шундай даромад турларига киритилиши мумкин бўлган солиқнинг чегириб ташлангунга қадар ҳисобланган қисмидан ошмаслиги керак.

(3) 10-модда 2-бандининг (b) кичик бандида эслатиб ўтилган ва Аҳдлашувчи Давлатлардан бирининг резиденти бўлган компаниянинг бошқа Аҳдлашувчи Давлат резиденти бўлган компанияга тўлайдиган дивидендлари ана шу бошқа Давлатда шу Давлатнинг ички қонунчиликнинг тегишли қоидаларига мувофиқ, бироқ энг кам холдингдан ҳар қандай офисларга нисбатан ана шу қонун талабларидан қатъи назар, солиққа тортишдан озод қилиниши керак.

(4) Қачонки, ушбу Конвенциянинг бирон-бир қоидасига мувофиқ, Аҳдлашувчи Давлат резиденти эга бўлган даромад ёки мол-мулк ана шу Давлатда солиққа тортишдан озод қилинади, бу Давлат ана шу резидентнинг даромади ёки мол-мулкининг қолган қисмига солиқ миқдорини ҳисоблашда даромад ёки мол-мулкка солинган солиқдан чиқариб ташланган миқдорни ҳисобга олиши мумкин.

(5) Аҳдлашувчи Давлатлардан бирининг резиденти оладиган ва шу Давлат томонидан ушбу Конвенцияга кўра бошқа Давлатда солиқ солиниши керак деб ҳисобланадиган даромад биринчи эслатилган Давлатда солиққа тортилиши мумкин, агар икки томонлама келишув тадбирлари ўтказилганидан кейин бошқа Аҳдлашувчи Давлат бу даромадни ушбу Конвенцияга мувофиқ солиққа тортишдан озод қилса.

24-модда **Камситмаслик**

(1) Аҳдлашувчи Давлатлардан бирининг миллий шахслари, бошқа Аҳдлашувчи Давлатда, ана шу бошқа Давлат миллий шахсларига нисбатан айнаи бир хил шароитларда солинадиган ёки солиниши мумкин бўлгандан ортиқ ҳар қандай солиқ ёки унга алоқадор мажбуриятларга, солиқ солишдан кўра мушкулроқ ёки унга алоқадор ҳолатларга дучор қилинмайдилар. Бу қоида, 1-модда қоидаларидан қатъи назар, бир ёки ҳар иккала Аҳдлашувчи Давлатнинг резидентлари бўлмаган жисмоний шахсларга нисбатан ҳам қўлланади.

(2) Аҳдлашувчи Давлатлардан бири корхонасининг бошқа Аҳдлашувчи Давлатда эга бўлган доимий муассасасини солиққа тортиш ушбу бошқа Давлатда айнан шундай фаолиятни амалга оширувчи ана шу бошқа Давлат корхоналарини солиққа тортишдан кўра ёмонроқ бўлмайди. Ушбу қоида бир Аҳдлашувчи Давлатни бошқа Аҳдлашувчи Давлат резидентига солиқ солиш мақсадларида ўз резидентларига уларнинг фуқаролик мавқеи ёки оилавий мажбуриятлари асосида берадиган ҳар қандай хусусий имтиёзлар, озод қилиш ёки чегирмалар беришга мажбурловчи тарзда талқин қилинмаслиги лозим.

(3) Қачонки, ушбу Конвенция 9-моддасининг 1-банди, 11-моддасининг 6-банди ёки 12-моддасининг 5-банди қоидалари қўлланганидан ташқари ҳолларда, Аҳдлашувчи Давлат корхонаси томонидан бошқа Аҳдлашувчи Давлат резидентига тўланадиган фоизлар, роялтилар ва бошқа қарз тўловлари шундай

корхонанинг солиққа тортиладиган даромадини аниқлашда, агар улар биринчи эслатилган Давлат резидентига тўланиши мумкин бўлганида қўлланиладиган шундай шароитларда чегириб ташланади. Шунга ўхшаш, Аҳдлашувчи Давлатлардан бири корхонасининг бошқа Аҳдлашувчи Давлат резидентига бўлган ҳар қандай қарзлари, шу корхонанинг солиққа тортиладиган мол-мулкни аниқлаш мақсадида агар улар ушбу Битим бўйича биринчи эслатилган Давлат резидентига тегишли бўлиши мумкин бўлганида қўлланадиган шартлар асосида чегириб ташланиши керак.

(4) Бир Аҳдлашувчи Давлат корхонасининг мол-мулки тўлиқ ёки қисман бошқа Аҳдлашувчи Давлатнинг бир ёки бир неча резидентларига тегишли бўлса, ёки улар томонидан бевосита ёки билвосита назорат қилинса, биринчи эслатилган Аҳдлашувчи Давлатда, биринчи эслатилган Давлатнинг шундай корхоналарига солинадиган ҳар қандай солиқ ёки унга алоқадор ҳолатларга, бошқа ёки солиққа тортишдан кўра мушкулроқ ҳолатларга дучор қилинмайди.

(5) Ушбу модданинг қоидалари 2-модда қоидаларига қарамай, турли хил ва таърифдаги солиқларга нисбатан қўлланилади.

25-модда

Ўзаро келишув процедуралари

(1) Агар шахс Аҳдлашувчи Давлатлардан бири ёки ҳар иккаласининг ҳаракати унга ушбу Конвенция қоидаларига мувофиқ келмайдиган солиқ солинишига олиб келади ёки олиб келиши мумкин, деб ҳисобласа, у ушбу Давлатларнинг ички қонунчилигида назарда тутилган ҳимоя воситаларидан қатъи назар, ўз аризасини ўзи резидент бўлган Аҳдлашувчи Давлатнинг ваколатли органига, ёки агарда унинг ҳолати ушбу Конвенциянинг 24-моддаси 1-бандига мувофиқ келса, ўзи миллий шахси бўлган Аҳдлашувчи Давлатга тақдим этиши мумкин. Бу ариза ушбу Конвенция қоидаларига номувофиқ солиққа тортилишига олиб келувчи ҳаракатлар тўғрисида биринчи бор билдирилган вақтдан бошлаб уч йил мобайнида берилиши керак.

(2) Ваколатли орган унинг аризасини асосли деб топса ва унинг ўзи қониқтирадиган қарорга кела олмаса, масалани ушбу Конвенцияга мувофиқ келмайдиган солиққа тортилишдан қочиш мақсадларида бошқа Аҳдлашувчи Давлатнинг ваколатли органи билан ўзаро келишиб ҳал этишга ҳаракат қилади. Эришилган

ҳар қандай келишув Аҳдлашувчи Давлатлар ички қонунларидаги ҳар қандай вақтинча чеклашларга қарамай бажарилади.

(3) Аҳдлашувчи Давлатларнинг ваколатли органлари Конвенцияни талқин қилиш ёки қўллашда юзага келадиган ҳар қандай қийинчилик ва иккиланишларни ўзаро келишув асосида ҳал қилишга ҳаракат қиладилар. Улар Конвенция кўзда тутилмаган ҳолларда икки ёқлама солиққа тортишни бартараф этиш мақсадида ҳам бир-бирлари билан маслаҳатлашишлари мумкин.

(4) Аҳдлашувчи Давлатларнинг ваколатли органлари аввалги қоидалари маъноси хусусида келишувга эришиш мақсадида бир-бирлари билан бевосита мулоқатга киришишлари мумкин. Агар келишувга эришиш учун оғзаки фикр алмашув мақсадга мувофиқ бўлса, бундай фикр алмашув Аҳдлашувчи Давлатлар ваколатли органлари вакилларида иборат комиссия мажлислари доирасида ўтказилиши мумкин.

26-модда **Ахборот алмашиш**

(1) Аҳдлашувчи Давлатларнинг ваколатли органлари ушбу Конвенция қоидаларининг қўлланиши учун ушбу Конвенция татбиқ этиладиган Аҳдлашувчи Давлатларнинг солиқларга тегишли ички қонунларини, бу қонунлардан ушбу Конвенцияга зид келмайдиган даражада фойдаланиш учун зарур ахборотлар алмашиб турадилар. Ахборот алмашиш 1-модда билан чекланмайди. Аҳдлашувчи Давлат томонидан олинаётган ҳар қандай ахборот, ушбу Давлатнинг ички қонунларига мувофиқ олинган ахборот каби махфий ҳисобланади ҳамда фақат аниқлаш, ундириш, мажбурий ундириш, суд орқали таъқиб этиш билан боғлиқ ёки Конвенция тааллуқли бўлган солиқларга нисбатан апелляцияларни кўриб чиқувчи шахслар ва органларгагина (судлар ва маъмурий органларга ҳам) очилади. Бу шахслар ёки органлар ахборотдан фақат шундай мақсадларда фойдаланадилар. Улар ушбу ахборотни очиқ суд мажлисида ёки юридик қарорлар қабул қилиш чоғида очишлари мумкин.

(2) Ҳеч қандай ҳолатда ҳам 1-банд қоидалари ҳар бир Аҳдлашувчи Давлатнинг ваколатли органларини қуйидагиларга мажбурловчи тарзда талқин қилинмайди:

а) у ёки бу Аҳдлашувчи Давлат қонунчилиги ёки маъмурий амалиётига зид маъмурий чоралар кўриш;

b) у ёки бу Аҳдлашувчи Давлат қонунчилигига биноан ёки одатдаги маъмурий амалиётга мувофиқ олиниши мумкин бўлмаган ахборотни тақдим этиш;

c) савдо, саноат, тижорат ёки хизмат сири ёки савдо жараёнини фош этувчи ахборотни ёки очилиши давлат сиёсатига зид келувчи ахборотни тақдим этиш.

27-модда

Дипломатик ваколатхоналар ва консуллик муассасалари аъзолари

Ушбу Конвенциянинг ҳеч бир қайдаси дипломатик ваколатхона ходимлари ёки консуллик муассасалари ходимларининг халқаро ҳуқуқнинг умумий меъёрларига ёки махсус битимлар қоидаларига мувофиқ белгилаб қўйилган солиқ имтиёзларига дахл қилмайди.

28-модда

Кучга кириши

(1) Ушбу Конвенция ратификация қилинади ва ратификация қилинган ҳужжатлар иложи борича қисқа муддатда Вена да ўзаро алмашинади.

(2) Конвенция ратификация қилинган ҳужжатлар алмашинган кундан кейинги учинчи ойнинг биринчи кунда кучга киради ва унинг қоидалари ратификация қилинган ҳужжатлар алмашинган тақвимий йилнинг 31 декабридан кейин бошланадиган ҳар қандай молия йилидаги солиқларга нисбатан амал қилади.

29-модда

Амал қилишини тўхтатиш

Ушбу Конвенция Аҳдлашувчи Давлатлардан бири унинг амал қилишини тўхтатгунигача ўз кучида қолади. Аҳдлашувчи Давлатлардан ҳар бири бошқа Аҳдлашувчи Давлатга дипломатик каналлар орқали Конвенциянинг амал қилишини тўғрисида Конвенция кучга кирган кундан бошлаб беш йил ўтгандан кейинги ҳар қандай тақвимий йилнинг 30 июнида ёки ўша кунгача хабарнома юбориш орқали тўхтатиши мумкин. Бундай ҳолда унинг амал қилишини тўхтатиш тўғрисидаги хабарнома берилган ўша тақвимий йилнинг 31 декабридан кейин

бошланадиган ҳар қандай молия йилидаги солиқларга нисбатан тўхтатилади.

Ўзларининг тегишли ҳукуматлари томонидан лозим тартибда ваколат берилган қуйидаги имзо чекувчилар шунга гувоҳлик бериб, ушбу Конвенцияни имзоладилар.

Тошкент шаҳрида 2000 йил «14» июнда икки нусхада, ҳар бири олмон, ўзбек ва инглиз тилларида тузилди, бунда барча матнлар бир хил кучга эга.

Австрия Республикаси
номидан



Ўзбекистон Республикаси
номидан



CONVENTION
BETWEEN THE REPUBLIC OF AUSTRIA AND THE REPUBLIC OF UZBEKISTAN
FOR THE AVOIDANCE OF DOUBLE TAXATION AND PREVENTION OF FISCAL
EVASION WITH RESPECT TO TAXES ON INCOME AND ON PROPERTY

The Republic of Austria and the Republic of Uzbekistan desiring to conclude a Convention for the avoidance of double taxation and prevention of fiscal evasion with respect to taxes on income and on property,

Have agreed as follows:

Article 1

PERSONAL SCOPE

This Convention shall apply to persons who are residents of one or both of the Contracting States.

Article 2

TAXES COVERED

(1) This Convention shall apply to taxes on income, profit and on property imposed on behalf of a Contracting State or local authorities, irrespective of the manner in which they are levied.

(2) There shall be regarded as taxes on income, profit and on property all taxes imposed on total income, on total property, or on elements of income or of property, including taxes on gains from the alienation of movable or immovable property, taxes on the total amounts of wages or salaries paid by enterprises as well as taxes on property appreciation.

(3) The existing taxes to which the Convention shall apply are in particular:

a) in the case of Austria:

1. the income tax (die Einkommensteuer);
2. the corporation tax (die Körperschaftsteuer);
3. the land tax (die Grundsteuer);
4. the tax on agricultural and forestry enterprises (die Abgabe von land- und forstwirtschaftlichen Betrieben);
5. the tax on the value of vacant plots (die Abgabe vom Bodenwert bei unbebauten Grundstücken);

(hereinafter referred to as „Austrian tax”)

b) in the case of Uzbekistan:

1. the tax on income (profit) of legal persons;
2. the tax on income of individuals;
3. the property tax,

(hereinafter referred to as “Uzbekistan tax”)

(4) The Convention shall apply also to any identical or substantially similar taxes which are imposed after the date of signature of the Convention in addition to, or in place of, the existing taxes. The competent authorities of the Contracting States shall notify each other of any substantial changes which have been made in their respective taxation laws.

Article 3

GENERAL DEFINITIONS

(1) For the purposes of this Convention, unless the context otherwise requires:

- a) the term “Austria” means the Republic of Austria;
- b) the term “Uzbekistan” means the Republic of Uzbekistan; used in a geographical sense, it means the territory of the Republic of Uzbekistan, including the territorial waters and the air space within which the Republic of Uzbekistan may exercise sovereign rights and jurisdiction, including rights to use the subsoil and natural resources, under the laws of the Republic of Uzbekistan and in accordance with international law;
- c) the terms “a Contracting State” and “the other Contracting State” mean Austria or Uzbekistan as the context requires;
- d) the term “person” includes an individual, a company and any other body of persons;
- e) the term “company” means any body corporate or any entity which is treated as a body corporate for tax purposes;

- f) the terms “enterprise of a Contracting State” and “enterprise of the other Contracting State” mean respectively an enterprise carried on by a resident of a Contracting State and an enterprise carried on by a resident of the other Contracting State;
- g) the term “international traffic” means any transport by a ship or aircraft operated by an enterprise of a Contracting State, except when the ship or aircraft is operated solely between places in the other Contracting State;
- h) the term “competent authority” means:
 - i) in the case of Austria: the Federal Minister of Finance or his authorised representative;
 - ii) in the case of Uzbekistan: the Chairman of the State Taxation Committee or his authorised representative, and
- i) the term “national” means:
 - i) any individual possessing the nationality of a Contracting State;
 - ii) any legal person, partnership or association deriving its status as such from the laws in force in a Contracting State.

(2) As regards the application of the Convention by a Contracting State any term not defined therein shall, unless the context otherwise requires, have the meaning which it has under the law of that State concerning the taxes to which the Convention applies.

Article 4

RESIDENT

(1) For the purposes of this Convention, the term “resident of a Contracting State” means any person who, under the laws of that State, is liable to tax therein by reason of his domicile, residence, place of management or any other criterion of a similar nature. But this term does not include any person who is liable to tax in that State in respect only of income from sources in that State or property situated therein.

(2) Where by reason of the provisions of paragraph 1 an individual is a resident of both Contracting States, then his status shall be determined as follows:

- a) he shall be deemed to be a resident of the State in which he has a permanent home available to him; if he has a permanent home available to him in both States, he shall be deemed to be a resident of the State with which his personal and economic relations are closer (centre of vital interests);
- b) if the State in which he has his centre of vital interests cannot be determined, or if he has not a permanent home available to him in either State, he shall be deemed to be a resident of the State in which he has an habitual abode;
- c) if he has an habitual abode in both States or in neither of them, he shall be deemed to be a resident of the State of which he is a national;
- d) if he is a national of both States or of neither of them, the competent authorities of the Contracting States shall endeavour to settle the question by mutual agreement.

(3) Where by reason of the provisions of paragraph 1 a person other than an individual is a resident of both Contracting States, then it shall be deemed to be a resident of the State in which its place of effective management is situated.

Article 5

PERMANENT ESTABLISHMENT

(1) For the purposes of this Convention, the term “permanent establishment” means a fixed place of business through which the business of an enterprise is wholly or partly carried on.

(2) The term “permanent establishment” includes especially:

- a) a place of management;
- b) a branch;
- c) an office;
- d) a factory;
- e) a workshop, and
- f) a mine, an oil or gas well, a quarry or any other place of extraction of natural resources.

(3) A building site or construction or installation project constitutes a permanent establishment only if it lasts more than twelve months.

(4) Notwithstanding the preceding provisions of this Article, the term “permanent establishment” shall be deemed not to include:

- a) the use of facilities solely for the purpose of storage, display or delivery of goods or merchandise belonging to the enterprise;
- b) the maintenance of a stock of goods or merchandise belonging to the enterprise solely for the purpose of storage, display or delivery;
- c) the maintenance of a stock of goods or merchandise belonging to the enterprise solely for the purpose of processing by another enterprise;
- d) the maintenance of a fixed place of business solely for the purpose of purchasing goods or merchandise or of collecting information, for the enterprise;
- e) the maintenance of a fixed place of business solely for the purpose of carrying on, for the enterprise, any other activity of a preparatory or auxiliary character;
- f) the maintenance of a fixed place of business solely for any combination of activities mentioned in sub-paragraphs (a) to (e), provided that the overall activity of the fixed place of business resulting from this combination is of a preparatory or auxiliary character.

(5) Notwithstanding the provisions of paragraphs 1 and 2, where a person—other than an agent of an independent status to whom paragraph 6 applies—is acting on behalf of an enterprise and has, and habitually exercises, in a Contracting State an authority to conclude contracts in the name of the enterprise, that enterprise shall be deemed to have a permanent establishment in that State in respect of any activities which that person undertakes for the enterprise, unless the activities of such person are limited to those mentioned in paragraph 4 which, if exercised through a fixed place of business, would not make this fixed place of business a permanent establishment under the provisions of that paragraph.

(6) An enterprise shall not be deemed to have a permanent establishment in a Contracting State merely because it carries on business in that State through a broker, general commission agent or any other agent of an independent status, provided that such persons are acting in the ordinary course of their business.

(7) The fact that a company which is a resident of a Contracting State controls or is controlled by a company which is a resident of the other Contracting State, or which carries on business in that other State (whether through a permanent establishment or otherwise), shall not of itself constitute either company a permanent establishment of the other.

Article 6

INCOME FROM IMMOVABLE PROPERTY

(1) Income derived by a resident of a Contracting State from immovable property (including income from agriculture or forestry) situated in the other Contracting State may be taxed in that other State.

(2) The term “immovable property” shall have the meaning which it has under the law of the Contracting State in which the property in question is situated. The term shall in any case include property accessory to immovable property, livestock and equipment used in agriculture and forestry, rights to which the provisions of general law respecting landed property apply, usufruct of immovable property and rights to variable or fixed payments as consideration for the working of, or the right to work, mineral deposits, sources and other natural resources; ships, boats and aircraft shall not be regarded as immovable property.

(3) The provisions of paragraph 1 shall apply to income derived from the direct use, letting, or use in any other form of immovable property.

(4) The provisions of paragraphs 1 and 3 shall also apply to the income from immovable property of an enterprise and to income from immovable property used for the performance of independent personal services.

Article 7

BUSINESS PROFITS

(1) The profits of an enterprise of a Contracting State shall be taxable only in that State unless the enterprise carries on business in the other Contracting State through a permanent establishment situated therein. If the enterprise carries on business as aforesaid, the profits of the enterprise may be taxed in the other State but only so much of them as is attributable to that permanent establishment.

(2) Subject to the provisions of paragraph 3, where an enterprise of a Contracting State carries on business in the other Contracting State through a permanent establishment situated therein, there shall in each Contracting State be attributed to that permanent establishment the profits which it might be expected to make if it were a distinct and separate enterprise engaged in the same or similar activities

under the same or similar conditions and dealing wholly independently with the enterprise of which it is a permanent establishment.

(3) In determining the profits of a permanent establishment, there shall be allowed as deductions expenses which are incurred for the purposes of the permanent establishment, including executive and general administrative expenses so incurred, whether in the State in which the permanent establishment is situated or elsewhere. However, no such deduction shall be allowed in respect of amounts, if any, paid (otherwise than towards reimbursement of actual expenses) by the permanent establishment to the head office of the enterprise or any of its other offices, by way of royalties, fees or other similar payments in return for the use of patents or other rights, or by way of commission, for specific services performed or for management, or, except in the case of a banking enterprise, by way of interest on moneys lent to the permanent establishment. Likewise, no account shall be taken, in the determination of the profits of the permanent establishment, for amounts charged (otherwise than towards reimbursement of actual expenses), by the permanent establishment to the head office of the enterprise or any of its offices, by way of royalties, fees or other similar payments in return for the use of patents or other rights, or by way of commission for specific services performed or for management, or, except in the case of a banking enterprise by way of interest on moneys lent to the head office of the enterprise or any other of its offices.

(4) Insofar as it has been customary in a Contracting State to determine the profits to be attributed to a permanent establishment on the basis of an apportionment of the total profits of the enterprise to its various parts, nothing in paragraph 2 shall preclude that Contracting State from determining the profits to be taxed by such an apportionment as may be customary; the method of apportionment adopted shall, however, be such that the result shall be in accordance with the principles contained in this Article.

(5) No profits shall be attributed to a permanent establishment by reason of the mere purchase by that permanent establishment of goods or merchandise for the enterprise.

(6) For the purposes of the preceding paragraphs, the profits to be attributed to the permanent establishment shall be determined by the same method year by year unless there is good and sufficient reason to the contrary.

(7) Where profits include items of income which are dealt with separately in other Articles of this Convention, then the provisions of those Articles shall not be affected by the provisions of this Article.

(8) The term "profits" as used in this Article includes also the profits derived by any partner from his participation in a partnership and, in the case of Austria, it also includes the profits from a participation in a sleeping partnership (Stille Gesellschaft) created under Austrian law.

Article 8

INTERNATIONAL TRANSPORT

(1) Profits derived by an enterprise of a Contracting State from the operation of ships or aircraft in international traffic shall be taxable only in that State.

(2) The provisions of paragraph 1 shall also apply to profits from the participation in a pool, a joint business or an international operating agency.

Article 9

ASSOCIATED ENTERPRISES

(1) Where

- a) an enterprise of a Contracting State participates directly or indirectly in the management, control or property of an enterprise of the other Contracting State, or
- b) the same persons participate directly or indirectly in the management, control or property of an enterprise of a Contracting State and an enterprise of the other Contracting State,

and in either case conditions are made or imposed between the two enterprises in their commercial or financial relations which differ from those which would be made between independent enterprises, then any profits which would, but for those conditions, have accrued to one of the enterprises, but, by reason of those conditions, have not so accrued, may be included in the profits of that enterprise and taxed accordingly.

(2) Where a Contracting State includes in the profits of an enterprise of that State—and taxes accordingly—profits on which an enterprise of the other Contracting State has been charged to tax in that other State and the profits so included are profits which would have accrued to the enterprise of the first-mentioned State if the conditions made between the two enterprises had been those which would have been made between independent enterprises, then that other State shall make an appropriate adjustment to

the amount of the tax charged therein on those profits. In determining such adjustment, due regard shall be had to the other provisions of this Convention and the competent authorities of the Contracting States shall if necessary consult each other.

Article 10 **DIVIDENDS**

(1) Dividends paid by a company which is a resident of a Contracting State to a resident of the other Contracting State may be taxed in that other State.

(2) However, such dividends may also be taxed in the Contracting State of which the company paying the dividends is a resident and according to the laws of that State, but if the recipient is the beneficial owner of the dividends the tax so charged shall not exceed:

- a) 15 per cent of the gross amount of the dividends;
- b) 5 per cent of the gross amount of the dividends if the beneficial owner is a company (other than a partnership) which holds directly at least 10 per cent of the property of the company paying the dividends.

This paragraph shall not affect the taxation of the company in respect of the profits out of which the dividends are paid.

(3) The term “dividends” as used in this Article means income from shares, “jouissance” shares or “jouissance” rights, mining shares, founders’ shares or other rights, not being debt-claims, participating in profits, as well as income from other corporate rights which is subjected to the same taxation treatment as income from shares by the laws of the State of which the company making the distribution is a resident.

(4) The provisions of paragraphs 1 and 2 shall not apply if the beneficial owner of the dividends, being a resident of a Contracting State, carries on business in the other Contracting State of which the company paying the dividends is a resident, through a permanent establishment situated therein, or performs in that other State independent personal services from a fixed base situated therein, and the holding in respect of which the dividends are paid is effectively connected with such permanent establishment or fixed base. In such case the provisions of Article 7 or Article 14, as the case may be, shall apply.

(5) Where a company which is a resident of a Contracting State derives profits or income from the other Contracting State, that other State may not impose any tax on the dividends paid by the company, except insofar as such dividends are paid to a resident of that other State or insofar as the holding in respect of which the dividends are paid is effectively connected with a permanent establishment or a fixed base situated in that other State, nor subject the company's undistributed profits to a tax on the company's undistributed profits, even if the dividends paid or the undistributed profits consist wholly or partly of profits or income arising in such other State.

Article 11 **INTEREST**

(1) Interest arising in a Contracting State and paid to a resident of the other Contracting State shall be taxable only in that other State if such resident is the beneficial owner of the interest.

(2) However, such interest may also be taxed in the Contracting State in which it arises and according to the laws of that State, but if the beneficial owner of the interest is a resident of the other Contracting State the tax so charged shall not exceed 10 per cent of the gross amount of the interest.

(3) Notwithstanding the provisions of paragraph 2, interest shall be exempted from tax in the Contracting State in which it arises if it is:

- a) Interest paid to the other Contracting State or a local authority thereof;
- b) Interest on commercial debt-claims—including debt-claims resulting from deferred payments for goods, merchandise or services supplied by an enterprise;
- c) Interest paid in respect of a loan made, guaranteed or insured or a credit extended, guaranteed or insured by public entities the objective of which is to promote the export.

(4) The term “interest” as used in this Article means income from debt claims of every kind, whether or not secured by mortgage and whether or not carrying a right to participate in the debtor's profits, and in particular, income from government securities and income from bonds or debentures, including premiums and prizes attaching to such securities, bonds or debentures. Penalty charges for late payment shall not be regarded as interest for the purpose of this Article.

(5) The provisions of paragraphs 1, 2 and 3 shall not apply if the beneficial owner of the interest, being a resident of a Contracting State, carries on business in the other Contracting State in which the interest arises, through a permanent establishment situated therein, or performs in that other State independent personal services from a fixed base situated therein, and the debt-claim in respect of which the interest is paid is effectively connected with such permanent establishment or fixed base. In such case the provisions of Article 7 or Article 14, as the case may be, shall apply.

(6) Where, by reason of a special relationship between the payer and the beneficial owner or between both of them and some other person, the amount of the interest, having regard to the debt-claim for which it is paid, exceeds the amount which would have been agreed upon by the payer and the beneficial owner in the absence of such relationship, the provisions of this Article shall apply only to the last-mentioned amount. In such case, the excess part of the payments shall remain taxable according to the laws of each Contracting State, due regard being had to the other provisions of this Convention.

Article 12

ROYALTIES

(1) Royalties arising in a Contracting State and paid to a resident of the other Contracting State shall be taxable only in that other State if such resident is the beneficial owner of the royalties.

(2) However, such royalties may also be taxed in the Contracting State in which they arise and according to the laws of that State, but if the beneficial owner of the royalties is a resident of the other Contracting State, the tax so charged shall not exceed 5 per cent of the gross amount of the royalties.

(3) The term "royalties" as used in this Article means payments of any kind received as a consideration for the use of, or the right to use, any copyright of literary, artistic or scientific work including cinematograph films, any patent, trade mark, design or model, plan, secret formula or process, or for information concerning industrial, commercial or scientific experience.

(4) The provisions of paragraphs 1 and 2 shall not apply if the beneficial owner of the royalties, being a resident of a Contracting State, carries on business in the other Contracting State in which the royalties arise, through a permanent establishment situated therein, or performs in that other State independent personal services from a fixed base situated therein, and the right or property in respect of which the royalties are paid is effectively connected with such permanent establishment or fixed base. In such case the provisions of Article 7 or Article 14, as the case may be, shall apply.

(5) Where, by reason of a special relationship between the payer and the beneficial owner or between both of them and some other person, the amount of the royalties, having regard to the use, right or information for which they are paid, exceeds the amount which would have been agreed upon by the payer and the beneficial owner in the absence of such relationship, the provisions of this Article shall apply only to the last-mentioned amount. In such case, the excess part of the payments shall remain taxable according to the laws of each Contracting State, due regard being had to the other provisions of this Convention.

Article 13

GAINS FROM THE ALIENATION OF PROPERTY

(1) Gains derived by a resident of a Contracting State from the alienation of immovable property referred to in Article 6 and situated in the other Contracting State may be taxed in that other State.

(2) Gains from the alienation of movable property forming part of the business property of a permanent establishment which an enterprise of a Contracting State has in the other Contracting State or of movable property pertaining to a fixed base available to a resident of a Contracting State in the other Contracting State for the purpose of performing independent personal services including such gains from the alienation of such a permanent establishment (alone or with the whole enterprise) or of such fixed base, may be taxed in that other State.

(3) Gains derived by an enterprise of a Contracting State from the alienation of ships or aircraft operated in international traffic or movable property pertaining to the operation of such ships or aircraft, shall be taxable only in that Contracting State.

(4) Gains from the alienation of any property other than that referred to in paragraphs 1, 2 and 3, shall be taxable only in the Contracting State of which the alienator is a resident.

Article 14

INDEPENDENT PERSONAL SERVICES

(1) Income derived by a resident of a Contracting State in respect of professional services or other similar activities of an independent character shall be taxable only in that State except the following circumstances, when such income may also be taxed in the other Contracting State:

- a) if he has a fixed base regularly available to him in the other Contracting State for the purpose of performing his activities; in that case, only so much of the income as is attributable to that fixed base may be taxed in that other State; or
- b) if his stay in the other Contracting State is for a period or periods amounting to or exceeding in the aggregate 183 days in any twelve-month period commencing or ending in the calendar year concerned; in that case, only so much of the income as is derived from his activities performed in that other State in the year concerned may be taxed in that other State.

(2) The term "professional services" includes especially independent scientific, literary, artistic, educational or teaching activities as well as the independent activities of physicians, lawyers, engineers, architects, dentists and accountants.

Article 15

DEPENDENT PERSONAL SERVICES

(1) Subject to the provisions of Articles 16, 18, 19, and 20, salaries, wages and other similar remuneration derived by a resident of a Contracting State in respect of an employment shall be taxable only in that State unless the employment is exercised in the other Contracting State. If the employment is so exercised, such remuneration as is derived therefrom may be taxed in that other State.

(2) Notwithstanding the provisions of paragraph 1, remuneration derived by a resident of a Contracting State in respect of an employment exercised in the other Contracting State shall be taxable only in the first-mentioned State if:

- a) the recipient is present in the other State for a period or periods not exceeding in the aggregate 183 days in any twelve-month period commencing or ending in the calendar year concerned, and
- b) the remuneration is paid by, or on behalf of, an employer who is not a resident of the other State, and
- c) the remuneration is not borne by a permanent establishment or a fixed base which the employer has in the other State.

(3) Notwithstanding the provisions of paragraphs 1 and 2, remuneration derived in respect of an employment exercised aboard a ship or aircraft operated in international traffic by an enterprise of a Contracting State, may be taxed in that State.

Article 16

DIRECTORS' FEES

Directors' fees and other similar payments derived by a resident of a Contracting State in his capacity as a member of the board of directors of a company which is a resident of the other Contracting State may be taxed in that other State.

Article 17

ARTISTES AND SPORTSMEN

(1) Notwithstanding the provisions of Articles 7, 14 and 15, income derived by a resident of a Contracting State as an entertainer, such as a theatre, motion picture, radio or television artiste, or a musician, or as a sportsman, from his personal activities as such exercised in the other Contracting State, may be taxed in that other State.

(2) Where income in respect of personal activities exercised by an entertainer or a sportsman in his capacity as such accrues not to the entertainer or sportsman himself but to another person, that income may, notwithstanding the provisions of Articles 7, 14 and 15, be taxed in the Contracting State in which the activities of the entertainer or sportsman are exercised.

(3) The provisions of paragraphs 1 and 2 shall not apply if the activities exercised by an entertainer or a sportsman in a Contracting State are substantially supported from public funds of one or both of the Contracting States or a local authority thereof. In such case, the income shall be taxable only in the Contracting State of which the entertainer or sportsman is a resident.

Article 18
PENSIONS

Subject to the provisions of paragraph 2 of Article 19, pensions and other similar remuneration paid to a resident of a Contracting State in consideration of past employment shall be taxable only in that State.

Article 19
GOVERNMENT SERVICE

- (1) a) Salaries, wages and other similar remuneration, other than a pension, paid by a Contracting State or a local authority thereof to an individual in respect of services rendered to that State or authority shall be taxable only in that State.
- b) However, such salaries, wages and other similar remuneration shall be taxable only in the other Contracting State if the services are rendered in that State and the individual is a resident of that State who:
 - i) is a national of that State; or
 - ii) did not become a resident of that State solely for the purpose of rendering the services.
- (2) a) Any pension paid by, or out of funds created by, a Contracting State or a local authority thereof to an individual in respect of services rendered to that State or authority shall be taxable only in that State.
- b) However, such pension shall be taxable only in the other Contracting State if the individual is a resident of, and a national of, that State.

(3) The provisions of Articles 15, 16, 17 and 18 shall apply to salaries, wages and other similar remuneration, and to pensions, in respect of services rendered in connection with a business carried on by a Contracting State or a local authority thereof.

Article 20
STUDENTS

(1) Payments which a student or business apprentice who is or was immediately before visiting a Contracting State a resident of the other Contracting State and who is present in the first-mentioned State solely for the purpose of his education or training receives for the purpose of his maintenance, education or training shall not be taxed in that State, provided that such payments arise from sources outside that State.

(2) Remuneration which a student or business apprentice who is or was formerly a resident of a Contracting State derives from an employment which he exercises in the other Contracting State for a period or periods not exceeding in the aggregate 183 days in the fiscal year concerned shall not be taxed in that other State if the employment is directly related to his studies or apprenticeship carried out in the first-mentioned State.

Article 21
OTHER INCOME

(1) Items of income of a resident of a Contracting State, wherever arising, not dealt with in the foregoing Articles of this Convention shall be taxable only in that State.

(2) The provisions of paragraph 1 shall not apply to income, other than income from immovable property as defined in paragraph 2 of Article 6, if the recipient of such income, being a resident of a Contracting State, carries on business in the other Contracting State through a permanent establishment situated therein, or performs in that other State independent personal services from a fixed base situated therein, and the right or property in respect of which the income is paid is effectively connected with such permanent establishment or fixed base. In such case the provisions of Article 7 or Article 14, as the case may be, shall apply.

Article 22
PROPERTY

(1) Property represented by immovable property referred to in Article 6, owned by a resident of a Contracting State and situated in the other Contracting State, may be taxed in that other State.

(2) Property represented by movable property forming part of the business property of a permanent establishment which an enterprise of a Contracting State has in the other Contracting State or by movable

property pertaining to a fixed base available to a resident of a Contracting State in the other Contracting State for the purpose of performing independent personal services, may be taxed in that other State.

(3) Property represented by ships and aircraft operated in international traffic by an enterprise of a Contracting State, and by movable property pertaining to the operation of such ships and aircraft, shall be taxable only in that State.

(4) All other elements of property of a resident of a Contracting State shall be taxable only in that State.

Article 23

EXEMPTION METHOD

(1) Where a resident of a Contracting State derives income or owns property which, in accordance with the provisions of this Convention may be taxed in the other Contracting State, the first-mentioned State shall, subject to the provisions of paragraphs 2, 3 and 4 of this Article, exempt such income or property from tax.

(2) Where a resident of a Contracting State derives items of income which, in accordance with the provisions of Articles 10, 11 and 12 may be taxed in the other Contracting State, the first-mentioned State shall allow as a deduction from the tax on the income of that resident an amount equal to the tax paid in that other State. Such deduction shall not, however, exceed that part of the tax, as computed before the deduction is given which is attributable to such items of income derived from that other State.

(3) Dividends covered by paragraph 2 subparagraph (b) of Article 10 and paid by a company which is a resident of a Contracting State to a company which is a resident of the other Contracting State shall, subject to the relevant provisions of the domestic law of the other Contracting State but irrespective of any deviating minimum holding requirements of that law, be exempt from tax in that other State.

(4) Where in accordance with any provision of the Convention income derived or property owned by a resident of a Contracting State is exempt from tax in that State, such State may nevertheless, in calculating the amount of tax on the remaining income or property of such resident, take into account the exempted income or property.

(5) Income derived by a resident of a Contracting State which is considered by that State to be taxable under this Convention in the other State may nevertheless be taxed in the first-mentioned State if, after the conduct of a mutual agreement procedure, the other Contracting State exempts that income from tax by virtue of this Convention.

Article 24

NON-DISCRIMINATION

(1) Nationals of a Contracting State shall not be subjected in the other Contracting State to any taxation or any requirement connected therewith, which is other or more burdensome than the taxation and connected requirements to which nationals of that other State in the same circumstances, in particular with respect to residence, are or may be subjected. This provision shall, notwithstanding the provisions of Article 1, also apply to persons who are not residents of one or both of the Contracting States.

(2) The taxation on a permanent establishment which an enterprise of a Contracting State has in the other Contracting State shall not be less favourably levied in that other State than the taxation levied on enterprises of that other State carrying on the same activities. This provision shall not be construed as obliging a Contracting State to grant to residents of the other Contracting State any personal allowances, reliefs and reductions for taxation purposes on account of civil status or family responsibilities which it grants to its own residents.

(3) Except where the provisions of paragraph 1 of Article 9, paragraph 6 of Article 11, or paragraph 5 of Article 12, apply, interest, royalties and other disbursements paid by an enterprise of a Contracting State to a resident of the other Contracting State shall, for the purpose of determining the taxable profits of such enterprise, be deductible under the same conditions as if they had been paid to a resident of the first-mentioned State. Similarly, any debts of an enterprise of a Contracting State to a resident of the other Contracting State shall, for the purpose of determining the taxable property of such enterprise, be deductible under the same conditions as if they had been contracted to a resident of the first-mentioned State.

(4) Enterprises of a Contracting State, the property of which is wholly or partly owned or controlled, directly or indirectly, by one or more residents of the other Contracting State, shall not be subjected in the

first-mentioned State to any taxation or any requirement connected therewith which is other or more burdensome than the taxation and connected requirements to which other similar enterprises of the first-mentioned State are or may be subjected.

(5) The provisions of this Article shall, notwithstanding the provisions of Article 2, apply to taxes of every kind and description.

Article 25

MUTUAL AGREEMENT PROCEDURE

(1) Where a person considers that the actions of one or both of the Contracting States result or will result for him in taxation not in accordance with the provisions of this Convention, he may, irrespective of the remedies provided by the domestic law of those States, present his case to the competent authority of the Contracting State of which he is a resident or, if his case comes under paragraph 1 of Article 24, to that of the Contracting State of which he is a national. The case must be presented within three years from the first notification of the action resulting in taxation not in accordance with the provisions of the Convention.

(2) The competent authority shall endeavour, if the objection appears to it to be justified and if it is not itself able to arrive at a satisfactory solution, to resolve the case by mutual agreement with the competent authority of the other Contracting State, with a view to the avoidance of taxation which is not in accordance with the Convention. Any agreement reached shall be implemented notwithstanding any time limits in the domestic law of the Contracting States.

(3) The competent authorities of the Contracting States shall endeavour to resolve by mutual agreement any difficulties or doubts arising as to the interpretation or application of the Convention. They may also consult together for the elimination of double taxation in cases not provided for in the Convention.

(4) The competent authorities of the Contracting States may communicate with each other directly for the purpose of reaching an agreement in the sense of the preceding paragraphs. When it seems advisable in order to reach agreement to have an oral exchange of opinions, such exchange may take place through a Commission consisting of representatives of the competent authorities of the Contracting States.

Article 26

EXCHANGE OF INFORMATION

(1) The competent authorities of the Contracting States shall exchange such information as is necessary for carrying out the provisions of this Convention concerning taxes covered by the Convention insofar as the taxation thereunder is not contrary to the Convention. The exchange of information is not restricted by Article 1. Any information received by a Contracting State shall be treated as secret in the same manner as information obtained under the domestic laws of that State and shall be disclosed only to persons or authorities (including courts and administrative bodies) involved in the assessment or collection of, the enforcement or prosecution in respect of, or the determination of appeals in relation to, the taxes covered by the Convention. Such persons or authorities shall use the information only for such purposes. They may disclose the information in public court proceedings or in judicial decisions.

(2) In no case shall the provisions of paragraph 1 be construed so as to impose on a Contracting State the obligation:

- a) to carry out administrative measures at variance with the laws and administrative practice of that or of the other Contracting State;
- b) to supply information which is not obtainable under the laws or in the normal course of the administration of that or of the other Contracting State;
- c) to supply information which would disclose any trade, business, industrial, commercial or professional secret or trade process, or information, the disclosure of which would be contrary to public policy (ordre public).

Article 27**MEMBERS OF DIPLOMATIC MISSIONS AND CONSULAR POSTS**

Nothing in this Convention shall affect the fiscal privileges of members of diplomatic missions or consular posts under the general rules of international law or under the provisions of special agreements.

Article 28**ENTRY INTO FORCE**

(1) This Convention shall be ratified and the instruments of ratification shall be exchanged at Vienna as soon as possible.

(2) The Convention shall enter into force on the first day of the third month next following that in which the exchange of instruments of ratification takes place and its provisions shall have effect in respect of taxes for any fiscal year beginning after December 31 in the calendar year in which the exchange of instruments of ratification takes place.

Article 29**TERMINATION**

This Convention shall remain in force until terminated by a Contracting State. Either Contracting State may terminate the Convention, through diplomatic channels, by giving written notice of termination on or before the thirtieth day of June in a calendar year after the fifth year from the date of entry into force of the Convention. In such event, the Convention shall cease to have effect in respect of the taxes for any fiscal year beginning after December 31 in the calendar year in which the notice of termination has been given.

IN WITNESS WHEREOF the undersigned, being duly authorised thereto by their respective Governments, have signed this Convention.

DONE in duplicate at Tashkent, this 14th June 2000, in the English, German and Uzbek languages, each text being equally authentic. In case of divergence of interpretation of the provisions of this Convention, the English text shall prevail.

For the Republic of Austria:

Gürer

For the Republic of Uzbekistan:

Achmedow

Vorblatt

Problem:

Zwischen der Republik Österreich und der Republik Usbekistan wird derzeit das mit der ehemaligen Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken geschlossene Abkommen vom 10. April 1981 weiter angewendet. Der Ausbau der wirtschaftlichen Beziehung macht jedoch den Abschluss eines eigenen Abkommens erforderlich.

Ziel:

Durch das Abkommen soll die auf Grund der Überschneidung der nationalen Steuerrechte Österreichs und Usbekistans bewirkte Doppelbesteuerung in einer der internationalen Steuervertragspraxis entsprechenden Weise beseitigt werden.

Inhalt:

Das Doppelbesteuerungsabkommen orientiert sich inhaltlich an Grundsätzen, die vom Fiskalausschuss der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) erarbeitet wurden und mittlerweile internationale Anerkennung gefunden haben.

Alternativen:

Keine.

Auswirkungen auf den Wirtschaftsstandort Österreich:

Die Attraktivität Österreichs als Zielland für Investitionen wird erhöht, weil das Abkommen durch die verbindliche Regelung über die Aufteilung der Besteuerungsrechte und über die Methode der Vermeidung einer internationalen Doppelbesteuerung jene Rechtssicherheit gewährleistet, die ein wesentliches Entscheidungskriterium für ein unternehmerisches Engagement darstellt.

Kosten:

Es sind keine nennenswerten Kosten zu erwarten.

Konformität mit EU-Recht:

Die Vereinbarkeit mit dem EU-Recht ist gegeben, da die Mitgliedstaaten weiterhin grundsätzlich zum Abschluss solcher Abkommen zuständig sind. Ein den Gegenstand des Abkommens abdeckendes Übereinkommen der EU besteht nicht.

Besonderheiten des Normerzeugungsverfahrens:

Zustimmung des Bundesrates gem. Art. 50 Abs. 1 zweiter Satz B-VG.

Erläuterungen

Allgemeiner Teil

Die steuerlichen Beziehungen zwischen Usbekistan und Österreich werden gegenwärtig durch die Weiteranwendung des mit der ehemaligen Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken geschlossenen Abkommens vom 10. April 1981, BGBl. Nr. 411/1982, zur Vermeidung der Doppelbesteuerung des Einkommens und des Vermögens geregelt. Durch die Entwicklung der Wirtschaftsbeziehungen zwischen Österreich und Usbekistan, insbesondere auch über dringenden usbekischen Wunsch ist jedoch mittlerweile der Abschluss eines eigenen Abkommens erforderlich geworden.

Die Verhandlungen wurden nunmehr durch den vorliegenden Entwurf eines Abkommens zur Vermeidung der Doppelbesteuerung und zur Verhinderung der Steuerumgehung auf dem Gebiete der Steuern vom Einkommen und vom Vermögen abgeschlossen.

Das Abkommen folgt im größtmöglichen Umfang, dh. soweit dies mit den wesentlichen außensteuerrechtlichen Positionen der beiden Staaten vereinbar ist, den Regeln des OECD-Musterabkommens aus dem Jahr 1992.

Das Abkommen ist ein gesetzändernder Staatsvertrag und bedarf daher der Genehmigung durch den Nationalrat gemäß Artikel 50 Absatz 1 B-VG. Überdies ist gemäß Art. 50 Absatz 1 zweiter Satz B-VG die Zustimmung des Bundesrates erforderlich. Es hat nicht politischen Charakter und enthält weder verfassungsändernde noch verfassungsergänzende Bestimmungen. Alle seine Bestimmungen sind zur unmittelbaren Anwendung im innerstaatlichen Bereich ausreichend determiniert, sodass eine Beschlussfassung gemäß Artikel 50 Absatz 2 B-VG nicht erforderlich ist. Mit dem Inkrafttreten des Staatsvertrages werden im Wesentlichen keine finanziellen und keine personellen Wirkungen verbunden sein.

Besonderer Teil

Zu Artikel 1:

Das Abkommen ist ohne Rücksicht auf die Staatsangehörigkeit auf natürliche und juristische Personen anzuwenden, die in einem der beiden Staaten gemäß Art. 4 ansässig sind.

Zu Artikel 2:

In sachlicher Hinsicht gilt das Abkommen für alle in beiden Vertragsstaaten in Geltung stehenden oder künftig erhobenen Steuern vom Einkommen und vom Vermögen, wobei es grundsätzlich unerheblich ist, ob der Abgabe Personalsteuercharakter oder Realsteuercharakter zukommt.

Zu Artikel 3:

Dieser Artikel enthält die in Doppelbesteuerungsabkommen üblichen OECD-konformen Begriffsumschreibungen.

Zu Artikel 4:

Diese Bestimmungen enthalten die OECD-Grundsätze für die Umschreibung des Begriffes der Ansässigkeit (Abs. 1) sowie die Lösung von Ansässigkeitskonflikten bei natürlichen Personen (Abs. 2) und bei juristischen Personen (Abs. 3).

Zu Artikel 5:

Dieser Artikel beinhaltet in OECD-konformer Fassung die Definition des Begriffes der „Betriebsstätte“. Auch für die Begründung einer Betriebsstätte durch eine Bauausführung gilt OECD-konform eine Frist von zwölf Monaten.

Zu Artikel 6 :

Einkünfte aus unbeweglichem Vermögen werden in Übereinstimmung mit den OECD-Grundsätzen in dem Staat besteuert, in dem sich das betreffende Vermögen befindet.

Zu Artikel 7:

Für die Aufteilung der Besteuerungsrechte an gewerblichen Gewinnen gilt die allgemein anerkannte OECD-Regel, derzufolge gewerbliche Gewinne, die ein Unternehmen eines Vertragsstaats aus dem anderen Vertragsstaat bezieht, dort nur insoweit besteuert werden dürfen, als sie einer in diesem Staat gelegenen Betriebsstätte zurechenbar sind. Hiefür sind der Betriebsstätte jene Gewinne zuzurechnen, die sie unabhängig von dem Unternehmen, dessen Betriebsstätte sie ist, hätte erzielen können.

Zu Artikel 8:

Dieser Artikel sieht vor, dass Gewinne aus dem Betrieb von Seeschiffen und Luftfahrzeugen im internationalen Verkehr nur in dem Staat besteuert werden dürfen, in dem das im internationalen Verkehr tätige Unternehmen ansässig ist.

Zu Artikel 9:

Dieser Artikel befasst sich mit verbundenen Unternehmen (Mutter- und Tochtergesellschaften sowie Gesellschaften unter gemeinsamer Kontrolle). Er sieht in OECD-konformer Weise vor, dass in diesen Fällen die Steuerbehörden eines Vertragsstaats Gewinnberichtigungen vornehmen dürfen, wenn wegen der besonderen Beziehungen zwischen den Unternehmen nicht die tatsächlichen steuerlichen Gewinne ausgewiesen werden.

Zu Artikel 10:

Das Besteuerungsrecht für Dividenden wird in Übereinstimmung mit den OECD-Grundsätzen dem Vertragsstaat zugeteilt, in dem der Dividendenempfänger ansässig ist (Wohnsitzstaat). Daneben soll auch der Quellenstaat der Dividenden ein begrenztes Besteuerungsrecht erhalten. Das Besteuerungsrecht des Quellenstaats wird durch Abs. 2 lit. a bei Portfoliodividenden auf 15% beschränkt. Das Besteuerungsrecht des Quellenstaats in Bezug auf Schachteldividenden wird auf 5% herabgesetzt; dies gilt bereits ab einer Beteiligung von 10%.

Die in Abs. 3 vorgesehene Definition des Begriffes „Dividenden“ ist OECD-konform.

Auch der in Abs. 4 enthaltene Betriebsstättenvorbehalt für die Anwendung der ermäßigten Quellensteuersätze findet sich im OECD-Musterabkommen.

Abs. 5 schließt die so genannte „exterritoriale Dividendenbesteuerung“ aus.

Zu Artikel 11:

Das Besteuerungsrecht für Zinsen wird OECD-konform dem Wohnsitzstaat des Zinsenempfängers zugewiesen. Dem Quellenstaat ist allgemein ein den OECD-Grundsätzen entsprechendes auf 10% des Bruttobetrags der Zinsen eingeschränktes Besteuerungsrecht eingeräumt. Quellensteuerfreiheit besteht für Zinsen zwischen den Vertragsstaaten, für Kundenforderungen einschließlich Zinsen aus gestundeten Zahlungen im Unternehmensbereich und für Zinsen im Zusammenhang mit Darlehen oder Krediten im Rahmen einer öffentlichen Exportförderung.

Zu Artikel 12:

Das Besteuerungsrecht an Lizenzgebühren wird grundsätzlich dem Wohnsitzstaat des Lizenzgebührenempfängers überlassen. Daneben besteht ein auf 5% eingeschränktes Quellenbesteuerungsrecht.

Zu Artikel 13:

Dieser Artikel enthält in Übereinstimmung mit dem OECD-Musterabkommen die üblichen Regelungen für die Besteuerung der Gewinne aus Vermögensveräußerungen. Veräußerungsgewinne im internationalen Verkehr werden in dem Staat besteuert, in dem das im internationalen Verkehr tätige Unternehmen ansässig ist.

Zu Artikel 14:

Einkünfte aus selbständiger Arbeit, die eine in einem Vertragsstaat ansässige Person aus dem anderen Vertragsstaat bezieht, dürfen dort nur insoweit besteuert werden, als sie entweder einer in diesem Staat gelegenen festen Einrichtung zuzurechnen sind oder auf eine Tätigkeit von mindestens 183 Tagen innerhalb eines Zwölfmonatszeitraums im anderen Vertragsstaat entfallen.

Zu den Artikeln 15, 18 und 19:

In diesen Artikeln ist die Aufteilung der Besteuerungsrechte an Einkünften aus nichtselbständiger Arbeit geregelt. Nach Art. 15 werden private Aktivbezüge, das sind Aktivbezüge, die nicht unter Art. 19 fallen, im Allgemeinen in jenem Staat besteuert, in dem die betreffende Tätigkeit ausgeübt wird. Art. 15 Abs. 2 enthält hiebei die OECD-konforme Ausnahmebestimmung für kurzfristige Auslandstätigkeit, wobei für die Fristenberechnung auf die Aufenthaltsdauer innerhalb eines Zeitraumes von zwölf Monaten abgestellt wird.

Das Besteuerungsrecht für private Ruhebezüge (das sind solche, die nicht unter Art. 19 fallen) ist in Anwendung der OECD-Grundsätze dem Wohnsitzstaat zugewiesen.

Aktiv- und Ruhebezüge, die aus öffentlichen Kassen an im öffentlichen Dienst stehende Bedienstete gezahlt werden, dürfen gemäß den in Art. 19 übernommenen OECD-Grundsätzen im Allgemeinen nur in

jenem Staat besteuert werden, in dem sich die auszahlende öffentliche Kasse befindet. Diese Regelung steht unter Ortskräftevorbehalt (Abs. 1 lit. b) und unter dem Vorbehalt erwerbswirtschaftlicher Betätigungen der öffentlichen Hand (Abs. 3). Die Regelung gilt ferner nur für Bezüge aus öffentlichen Kassen der Gebietskörperschaften; Sozialversicherungspensionen sind daher – auch wenn sie an ehemalige Vertragsbedienstete gezahlt werden – im Ansässigkeitsstaat zu besteuern.

Zu Artikel 16:

Das Besteuerungsrecht für Aufsichtsratsbezüge wird entsprechend dem OECD-Musterabkommen dem Vertragsstaat zugeteilt, in dem die Gesellschaft ihren Sitz hat, die die Aufsichtsratsbezüge ausbezahlt.

Zu Artikel 17:

Für die Besteuerung der Künstler und Sportler werden die OECD-Grundsätze übernommen. Danach steht jenem Staat das Besteuerungsrecht zu, in dem der Künstler oder Sportler persönlich auftritt (Abs. 1). Dieses Quellenbesteuerungsrecht geht auch dadurch nicht verloren, dass die Einkünfte nicht unmittelbar dem Künstler oder Sportler, sondern einem zwischengeschalteten Rechtsträger zufließen (Abs. 2). Das Besteuerungsrecht des Tätigkeitsstaats entfällt jedoch, wenn die Veranstaltungen aus öffentlichen Mitteln der Vertragsstaaten gefördert werden (Abs. 3).

Zu Artikel 20:

Durch diese Bestimmung werden auf OECD-Basis die den Auslandsstudenten aus dem Ausland zufließenden Zuwendungen steuerfrei gestellt. Weiters ist Steuerfreiheit für eine ausbildungsbezogene, im anderen Staat ausgeübte Ferialpraktikantentätigkeit vorgesehen.

Zu Artikel 21:

Durch diese Bestimmung wird entsprechend dem OECD-Musterabkommen dem Wohnsitzstaat des Einkommensempfängers das Besteuerungsrecht an allen Einkommensteilen zugewiesen, für die im Abkommen keine besondere Zuteilungsregel vorgesehen ist.

Zu Artikel 22:

Dieser Artikel enthält die Zuteilungsregeln für die Besteuerung des Vermögens. Durch die Abschaffung der Vermögensbesteuerung in Österreich hat diese Bestimmung auf österreichischer Seite nur mehr völlig untergeordnete Bedeutung (zB hinsichtlich des Diskriminierungsverbotes bei der Bodenwertabgabe oder der Grundsteuer).

Zu Artikel 23:

In diesem Artikel werden die Methoden festgelegt, nach denen die Doppelbesteuerung vermieden wird: beide Vertragsstaaten wenden grundsätzlich die Befreiungsmethode unter Progressionsvorbehalt an. Nur im Falle von Quellenbesteuerungsrechten für Dividenden, Zinsen und Lizenzgebühren wird die Doppelbesteuerung nach der Anrechnungsmethode vermieden.

Sollte trotz Durchführung eines Verständigungsverfahrens ein Qualifikationskonflikt bestehen, der letztlich zu einer Doppelnichtbesteuerung führt, so ist in diesem Fall das Besteuerungsrecht für den Wohnsitzstaat des Einkünfteempfängers vorgesehen.

Zu Artikel 24:

Dieser Artikel enthält die OECD-konformen Regelungen über das Verbot von Diskriminierungen.

Zu Artikel 25:

Die Vorschriften dieses Artikels enthalten die international üblichen Grundsätze über das in Streit- oder Zweifelsfällen durchzuführende Verständigungsverfahren.

Zu Artikel 26:

Durch diese Bestimmung verpflichten sich die beiden Vertragsstaaten auf OECD-Grundlage, alle Auskünfte auszutauschen, die für die richtige Durchführung des Abkommens betreffend die unter das Abkommen fallenden Steuern erforderlich sind („kleiner“ Informationsaustausch).

Zu Artikel 27:

Dieser Artikel regelt in klarstellender Weise das Verhältnis des Doppelbesteuerungsabkommens zu den völkerrechtlich privilegierten Personen.

Zu Artikel 28 und 29:

Diese Bestimmungen betreffen den zeitlichen Anwendungsbereich des Doppelbesteuerungsabkommens.